



04. Stadtratsprotokoll / 04^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 21. März 2019, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 21 mars 2019 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Augsburg-Brom Dana, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Frank Lena, Gerber Andreas, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Günther Muriel, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Koller Levin, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meuli Selma, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Roth Myriam, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strässler Thomas, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Waechter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiher Max, Zumstein Joël.

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Arnold Niels, Külling Urs, Paronitti Maurice, Rochat Julien, Wiederkehr Martin, Zimmermann Erwin

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Vorsitz / Présidence:

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées**Seite/Page**

33.	Fraktionserklärung	166
34.	Überparteiliche Interpellation 20180301, Titus Sprenger, Passerelle, Julien Stocker, GLP, Pascal Bord, PRR, Urs Scheuss, Grüne, Glenda Gonzalez, PSR, Peter Heiniger, PdA, «A5-Westast – technischer Varianten-Vergleich: Diskriminierung der frankophonen Bevölkerung»	167
35.	Dringliche Motion 20180362, Ruth Tennenbaum, Fraktion Einfach libres!, «Konsultative Abstimmung zur Westumfahrung der Autobahn A5»	170
	• Ordnungsantrag.....	176
36.	Dringliche überparteiliche Motion 20180413, Peter Bohnenblust, FDP, Martin Wiederkehr, SP, Daniel Suter, PRR, Sandra Schneider, SVP, Mohamed Hamdaoui, partielos, Reto Gugger, BDP, Thomas Brunner, EVP, «A5: Falls Konsultativabstimmung, dann zum richtigen Zeitpunkt und mit der(n) richtigen Frage(n)»	176
37.	Dringliches Postulat 20180364, Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO, «A5 Westast Marsch-Halt, Dialog und Vergleich auf Grund der aktuellen Verkehrszahlen»	178
38.	Interpellation 20180260, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, «Was passiert mit der nicht-Einhaltung der Zweisprachigkeit bei der Signalisierung der Autobahn A5 in Biel?»	179
39.	Dringliches überparteiliches Postulat 20180324, Peter Heiniger, PdA, Mohamed Hamdaoui, PSR, «Massnahmen gegen Raser in der Innenstadt» .	181
40.	Dringliches Postulat 20180325, Christiane Vlaiculescu-Graf, PSR, «Energiepolitik der Stadt Biel II»	184
41.	Dringliche überparteiliche Interpellation 20180326, Peter Heiniger, PdA, Dana Augsburger-Brom, SP, Mohamed Hamdaoui, PSR, «Ist die Chancengleichheit an Bieler Oberstufen gewährleistet?».....	186
42.	Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20190083, Leonhard Cadetg, FDP, «Revision Reglemente»	188
43.	Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Motion 20190081, Levin Koller, JUSO, Muriel Günther, SP, Miro Meyer, JUSO, Urs Scheuss, Grüne, Myriam Roth, Grüne, «Streikende Jugendliche ernst nehmen – Klimanotstand ausrufen».....	189
30.	20190033 Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020-2023 / Verpflichtungskredit / Botschaft (Fortsetzung)	189
	• Ordnungsantrag.....	190
	• Ordnungsantrag.....	191
44.	Überparteiliches Postulat 20180229, Luca Francescutto, SVP, Myriam Roth, Grüne, «Plastik-Strohhalme aus den öffentlichen Einrichtungen verbannen»	192
45.	Überparteiliches Postulat 20180226, Levin Koller, Fraktion SP/JUSO, Urs Scheuss, Fraktion Grüne, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, Salome Strobel, SP, Urs Känzig, Grüne, Titus Sprenger, Passerelle, Judith Schmid, PdA, «Eine sichere Infrastruktur für Velofahrende in Biel»	193

46.	Überparteiliches Postulat 20180228, Levin Koller, Fraktion SP/JUSO Urs Scheuss, Fraktion Grüne, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, Salome Strobel, SP, Urs Känzig, Grüne, Titus Sprenger, Passerelle, Judith Schmid, PdA, «Eine attraktive und sichere Veloroute von Bözingen bis zum See»	196
47.	Postulat 20180227, Pierre Ogi, PSR, «Zustand der Bus-Wartehallen»	198
48.	Interpellation 20180230, Daniel Suter, PRR, «Bushaltestellen gegen Parkplätze?»	199
49.	Interpellation 20180231, Dana Augsburger-Brom und Muriel Günther, Fraktion SP/JUSO, «Auswirkungen der Steuervorlage 2017 auf die Stadt Biel/Bienne»	200
50.	Überparteiliche Interpellation 20180232, Titus Sprenger und Ruth Tennenbaum, Passerelle, Urs Scheuss, Grüne, «Ordnungsbussen: Übertretungen im Vergleich zu anderen Städten»	203
51.	Überparteiliche Interpellation 20180233, Urs Scheuss, Fraktion Grüne, Levin Koller, Fraktion SP/JUSO, Glenda Gonzalez, PSR, Titus Sprenger, Passerelle, Judith Schmid, PdA, «Wilde Parkiererei – Was unternimmt die Stadt Biel?»	204
52.	Interpellation 20180303, Pierre Ogi, PSR, «Sicherheit für die Fussgänger auf den Trottoirs»	205
53.	Interpellation 20180234, Reto Gugger, BDP, «Ausführung von Arbeiten für Private»	206
54.	Dringliche Motion 20180363, Olivier Waechter, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, «Stadtpräsidium: neuer Vorschlag»	207
	• Ordnungsantrag	209
55.	Motion 20180289, Sandra Schneider, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, «Keine Ratsdebatten mehr bei Interpellationen»	210
	• Ordnungsantrag	211
56.	Neueingänge	214

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich begrüße Sie zur heutigen Stadtratssitzung. Auf Ihren Tischen liegt der nach der gestrigen Sitzung überarbeitete Botschaftsentwurf zum Geschäft 20190033 Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020 - 2023 / Verpflichtungskredit auf. Wir werden diesen nach der Pause diskutieren, so dass Sie ihn vorgängig prüfen können.

Bevor wir mit der gestern begonnenen Traktandenliste fortfahren, wünscht Herr Scherrer eine Fraktionserklärung abzugeben.

33. Fraktionserklärung

Scherrer Martin, GPK: Diese von allen Fraktionen unterstützte überparteiliche Fraktionserklärung wurde von der GPK angeregt, da die Geschäftsordnung des Stadtrats (SGR 151.21) keine GPK-Erklärung zulässt respektive eine solche nicht klar regelt:

Der Gemeinderat legte der GPK in letzter Zeit mehrere Abrechnungen von Projekten zur Genehmigung vor, bei welchen die Submissionsvorgaben nicht eingehalten wurden. So wurden Aufträge freihändig vergeben, für die mindestens ein Einladungsverfahren hätte durchgeführt werden müssen. Diese freihändigen Vergaben wurden weder dokumentiert noch durch ein unabhängiges Gremium genehmigt oder rechtlich geprüft. Sie entsprechen den rechtlichen Vorgaben des öffentlichen Beschaffungswesens nicht. Der GPK wurden unterschiedliche schriftliche Begründungen für die freihändige Vergabe nachgeliefert, beispielsweise:

- Der Leistungserbringer war schon für ein anderes Projekt tätig und reichte bereits vor erfolgter Ausschreibung ein Angebot ein. Da dieses Angebot unter dem Budget lag, wurde die Arbeit direkt vergeben und auf ein Einladungsverfahren verzichtet.
- Bei der Arbeitsvergabe wurde davon ausgegangen, dass der Betrag die Schwelle für freihändige Vergaben nicht überschreiten würde.
- Der Anbieter war bereits für ein ähnliches Projekt tätig und erledigte die Arbeiten zur Zufriedenheit der Stadt, weshalb er auch für das fragliche Projekt den Zuschlag erhielt.

Die Submissionsvorgaben konnten nur deshalb umgangen werden, weil es keine städtischen Vorgaben oder Kontrollen gibt, welche die Submissionsvorschriften projektbegleitend prüfen und Missstände feststellen bzw. verhindern. Vielmehr kann das Nichteinhalten der Submissionsvorgaben erst von der internen Revisionsstelle festgestellt werden, welche die Abrechnungen noch vor der GPK prüft. Die GPK und die interne Revisionsstelle teilen dasselbe Leid: Beide können allfällige Verletzungen der Submissionsvorgaben erst nach Projektabschluss feststellen, also dann, wenn der Fehler bereits passiert ist und nicht mehr korrigiert werden kann. Somit bleibt sowohl der internen Revisionsstelle als auch der GPK jeweils nichts anderes übrig als die Abrechnungen mit Anmerkungen zu genehmigen.

Die Abrechnungsgenehmigungen und die Anmerkungen der GPK werden jeweils zu Beginn der Stadtratssitzung durch die Ratssekretärin vorgetragen, was aber leider in den allgemeinen Sitzungsvorbereitungen der Stadratsmitglieder meist untergeht. Um dem Thema etwas mehr Gewicht zu verleihen, wurde nun zum Mittel der überparteilichen Fraktionserklärung gegriffen. Ich möchte darauf hinweisen, dass sich

diese Fraktionserklärung nicht an eine bestimmte Direktion richtet. Grundsätzlich sind alle Gemeinderatsmitglieder und Direktionen dazu angehalten, die Submissionsvorgaben zum Wohle der Stadt einzuhalten. Der Gemeinderat wird zudem aufgefordert, mit der Einführung eines internen Kontrollsystems (IKS) die Vorgaben so zu gestalten, dass eine Umgehung der gesetzlichen Submissionsvorschriften verunmöglicht wird. Zudem hat er die Pflicht, bis zur Einführung des IKS deren Einhaltung mittels anderer Massnahmen sicherzustellen. Aber auch der Stadtrat soll mit dieser Fraktionserklärung nicht nur informiert, sondern auch dazu animiert werden, bei den vom Gemeinderat unterbreiteten Geschäften Fragen zur Vergabe zu stellen und den Submissionsvorgaben ein besonderes Augenmerk zu widmen.

34. Überparteiliche Interpellation 20180301, Titus Sprenger, Passerelle, Julien Stocker, GLP, Pascal Bord, PRR, Urs Scheuss, Grüne, Glenda Gonzalez, PSR, Peter Heiniger, PdA, «A5-Westast – technischer Varianten-Vergleich: Diskriminierung der frankophonen Bevölkerung»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Die Urhebenden sind von der Antwort des Gemeinderates **nicht befriedigt**.

Sprenger Titus, Passerelle: Aktuell sind zwei Entwicklungen festzustellen: Einerseits wird von der Bevölkerung in einer immer komplexeren Welt verlangt, dass sie sich zunehmend mit technischen Details auseinandersetzt. Ein Beispiel hierfür ist die öffentliche Planaufgabe zum Ausführungsprojekt des A5-Westasts. Der betroffenen Bevölkerung wurden gerade einmal 30 Tage Zeit eingeräumt, um drei Kartons voller Unterlagen zu sichten und zu verstehen. Dabei geht es um Unterlagen, die über Jahre von GeologInnen, HydrologInnen, TunnelbauerInnen und anderen SpezialistInnen erarbeitet wurden. Es ist äusserst sportlich, in 30 Tagen zum deutschsprachigen Spezialisten über mehrere Disziplinen zu avancieren, um das einzig verfügbare Rechtsmittel wahrnehmen und Einsprache erheben zu können.

Andererseits tragen die neuen Technologien mit ihrer Informationsflut und sogenannten «Fake News» dazu bei, dass auch seitens der Bevölkerung das Bedürfnis wächst, alle Details ungefiltert und an der Quelle einsehen zu können. Diese Entwicklung sollte nicht dadurch ausgebremst werden, dass die Sprache zu einem Hindernis wird. Vielmehr sollte sie begrüsst und unterstützt werden, indem eben auch Fachberichte mit all ihren Details übersetzt vorliegen – insbesondere dann, wenn sie der Meinungsbildung oder der Wahrnehmung von Rechten dienen. Vergessen wir nicht: der Teufel steckt häufig im Detail und nicht in der französischsprachigen Zusammenfassung. Insofern sollten sich Gemeinde- und Regierungsrat überlegen, ob ihre heutige Haltung noch zeitgemäss ist. Dies gilt erst recht, wenn ein Bericht ohnehin einem breiten Publikum und nicht bloss einem Fachpublikum vorgelegt werden soll. Daher sind die InterpellantInnen von der Beantwortung des Gemeinderates nicht befriedigt. Wir freuen uns aber darüber, dass das Thema Zweisprachigkeit beim nächsten Treffen mit dem Regierungsrat erneut eingebracht werden soll.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Seit Einreichen der Interpellation und Verfassen der Beantwortung ist fast ein halbes Jahr vergangen. In dieser Zeit ist einiges passiert. Die

beiden wichtigsten Ereignisse sind sicher der Start des Dialogprozesses und die damit verbundene Sistierung des offiziellen Projektes. Die vorliegende Interpellation bleibt aber trotzdem wichtig, geht es doch darum, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Das ist auch wichtig für den Dialogprozess. So darf beispielsweise die Zweisprachigkeit unserer Stadt und Region nicht übergangen werden. Wie der Stadtpräsident anlässlich der letzten Stadtratssitzung vom 21. Februar 2019 bemerkte, wird in der Zwischenzeit sogar der Protokollentwurf des runden Tisches in beiden Sprachen verfasst. Meiner Erfahrung nach respektiert die Leitung des Dialogprozesses die Zweisprachigkeit auch in weiteren Belangen. Das ist sicher auch Mélanie Meiers (Vorstandsmitglied des Trägervereins «Biel notre amour») engagiertem Insistieren am runden Tisch zu verdanken. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung, dass technische Berichte nicht immer durchgehend übersetzt werden müssen. Dem stimme ich zu, solange es sich um Berichte handelt, die nur als Grundlage dienen und sich an ein Fachpublikum richten, das vermutlich die Fachbegriffe auch in der jeweils anderen Sprache kennt. Beim technischen Vergleich zwischen dem Ausführungsprojekt und der Alternatividee des Komitees «Westast so nicht» trifft aber beides nicht zu. Der fragliche Bericht ist im Wesentlichen ein Zusammenzug von drei Fachberichten, die bereits Anfang letzten Jahres erstellt wurden. Von der Aufmachung her ist klar, dass sich der Bericht an ein breites Publikum richtet. In dieser Hinsicht teile ich die Einschätzung des Gemeinderates nicht, sondern bin der Meinung, dass dieser Bericht von Anfang an in beiden Sprachen hätte publiziert werden müssen. Zusammen mit der Veröffentlichung des Berichts startete Regierungsrat Neuhaus einen Dialog mit der Bevölkerung, allerdings wiederum nur auf Deutsch. Zudem konnte nicht von einem echten Dialog die Rede sein, denn im Wesentlichen ging es nur darum, die Bevölkerung vom offiziellen Projekt zu überzeugen. Es ist ein weiterer Fehler zu glauben, mit genügend Erklärungen und der richtigen Kommunikation könne die Bevölkerung problemlos überzeugt werden. Mindestens zwei Drittel der Bevölkerung wollen keine Autobahnanschlüsse mitten in der Stadt. Es ist auch ein Fehler, die politischen Realitäten zu leugnen. Zu guter Letzt kann wohl kaum von einem Dialog gesprochen werden, wenn alles schon entschieden ist. Der Bieler Gemeinderat hat aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Er hat an einem offenen, transparenten und partizipativen Prozess unter Einbezug der GegenerInnen des offiziellen Projekts festgehalten – sonst wäre der nun beginnende Dialogprozess nicht möglich gewesen. Dafür danke ich dem Gemeinderat. Es wird sich nun zeigen, ob auch die anderen Akteure die Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Die Voraussetzungen sind gut, packen wir es an!

Gonzalez Glenda, PSR: Je reviens au sujet de départ qui est la problématique du respect du français dans la documentation cantonale, en particulier concernant le sujet du contournement Ouest par l'A5. Je tiens à remercier le Conseil municipal de sa réponse étayée, dans laquelle transparaît la préoccupation réelle et sincère pour la question du bilinguisme à Bienne. Toutefois, je ne suis pas satisfaite de la situation, étant donné la difficulté de comprendre la documentation fournie par le Canton et éditée seulement en allemand. Ce n'est pas parce que nous ne sommes pas des professionnels ou des personnes averties que l'on a pas le droit à l'information, au même titre que les alémaniques. En outre, la maîtrise du français lors de présentations de projets cantonaux est insuffisante à mon avis. Cela génère, auprès de la population francophone une sorte de sentiment et de perception d'arrogance récurrente de la part des Autorités cantonales. En ce moment, étant donné que le processus de dialogue a été mis en place, il s'avère que toutes les oppositions sont momentanément gelées. Une lettre a été envoyée à toutes les personnes francophones et alémaniques qui ont

fait opposition, leur indiquant la suspension des oppositions jusqu'à l'aboutissement du processus de dialogue. Cette lettre était rédigée seulement en allemand! Encore un point noir pour les Autorités cantonales et fédérales concernant le traitement des francophones dans cette question épineuse. Je remercie encore une fois le Conseil municipal et je ne peux que le soutenir dans ses efforts pour le bilinguisme.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Nach dem Votum von Herrn Sprenger hätte ich noch mehr zu sagen gehabt als jetzt. Die nachfolgenden RednerInnen haben aber einiges bereits vorweggenommen, insbesondere bezüglich der zwischenzeitlich erfolgten Verbesserungen im Hinblick auf den Dialogprozess. Aus der Beantwortung kommt vielleicht das Hauptproblem des der Interpellation zugrundeliegenden Vorfalls zu wenig zur Geltung: eigentlich ging es weniger um die Frage, ob die Berichte überhaupt übersetzt werden sollten als vielmehr um die Tatsache, dass die beiden Sprachversionen nicht gleichzeitig vorlagen. Damit stand den beiden Sprachgruppen für den Dialog mit Regierungsrat Neuhaus nicht gleich viel Vorbereitungszeit zur Verfügung. Schlussendlich ist dem Gemeinderat auch nicht ganz klar, weshalb der fragliche Bericht damals so dringend publiziert werden musste. Es hätte ohne Weiteres noch Zeit für die Übersetzung eingebracht und vierzehn Tage zugewartet werden können, um beide Sprachversionen gleichzeitig zur Verfügung zu stellen. Soweit zum konkreten Vorfall: es wäre nicht nötig gewesen, so stark unter Zeitdruck zu handeln; damit hätte auch das vorliegende Kernproblem vermieden werden können.

Bezüglich der technischen Dokumentationen stellt sich einerseits die Frage der Übersetzung, das ist klar. Andererseits stellt sich aber auch ganz generell die Frage, wie sinnvoll es ist, der Bevölkerung für eine breite Mitwirkung Berichte vorzulegen, die nur ein Fachpublikum versteht. Es ist sowohl für DeutschschweizerInnen als auch für Romands nicht einfach, zu Berichten mit irgendwelchen Abkürzungen oder technischen Begriffen Stellung zu nehmen. Deshalb sind sowohl der Gemeinderat als auch ich persönlich der Meinung, dass in bestimmten Fällen Zusammenfassungen in beiden Sprachen Sinn machen. So können technische Berichte vereinfacht erklärt werden. Geht aus der Zusammenfassung beispielsweise hervor, dass 12 Meter in den Boden gegraben oder ein Düker, also ein Grundwasserüberbrückungskanal, eingesetzt werden muss, weiss die Bevölkerung, dass es sich um einen Eingriff in das Grundwasser handelt. In solchen Fällen finde ich eine Zusammenfassung hilfreich, selbstverständlich in beide Sprachen übersetzt. Schlussendlich verfügen nur wenige Personen über detaillierte technische Kenntnisse in einem Ingenieurfachgebiet.

Die Beantwortung datiert vom 31. Oktober 2018. Darin steht: *«In diesem Sinn wird der Gemeinderat bei seinem nächsten ordentlichen Treffen mit dem Regierungsrat das Thema Zweisprachigkeit erneut in die Gespräche einbringen.»* Inzwischen hat am 14. November 2018 ein solches Treffen mit der Kantonsregierung stattgefunden, und der Gemeinderat hat das Thema eingebracht.

**35. Dringliche Motion 20180362, Ruth Tennenbaum, Fraktion Einfach libres!,
«Konsultative Abstimmung zur Westumfahrung der Autobahn A5»**

(Text der dringlichen Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, die dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Gestützt auf Art. 50 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) übergebe ich die Sitzungsleitung für dieses Traktandum an den 1. Vize-Präsidenten, Herrn Cadetg, da ich an der Beratung teilnehmen will.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Depuis plusieurs années, la question du contournement Ouest par l'A5 est un sujet qui interpelle la population de notre région. Que l'on soit partisan du projet officiel ou d'une autre solution, personne ne reste indifférent à ce sujet. Une mobilisation de citoyens et citoyennes, qui s'engagent pour ou contre le projet officiel, a vu le jour ces dernières années. Malheureusement, la population ne vote pas sur les projets autoroutiers, car elle n'est pas l'organe compétent. C'est la Confédération qui est compétente pour le réseau des routes nationales (Arrêté fédéral sur le réseau des routes nationales du 21 juin 1960; RS 725.113.11). Heureusement, l'art. 9 a du Règlement de la ville (RDCo 1.0-1) prévoit la possibilité d'organiser un vote consultatif sur des sujets qui ne sont pas de la compétence des biennois et biennoises. Cet instrument n'a jamais été utilisé jusqu'à présent. Mesdames et Messieurs, si la question du contournement Ouest par l'A5 n'est pas «LE sujet» sur lequel il faudrait demander l'avis de la population de Bienne, je ne sais pas sur quel autre sujet il faudrait le faire! La Ville de Bienne est touchée en plein cœur, et c'est important pour notre Gouvernement de connaître les souhaits de la population concernant cette tranchée d'autoroute. Un vote consultatif permettrait de donner du poids politique fort envers le Canton et la Confédération, afin de trouver des solutions soutenues par une majorité. C'est pour cette raison que la motion urgente «Votation consultative sur le contournement Ouest par l'A5» a été déposée. Permettez-moi maintenant d'entrer dans le vif du sujet et de parler de la réponse du Conseil municipal et des arguments mis en avant pour transformer la motion en postulat, ce qui, à mon avis, n'est ni nécessaire ni judicieux. Je m'explique: Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass eine Konsultativabstimmung nach Abschluss des Dialogprozesses Sinn machen kann. Die Fraktion Einfach libres! teilt diese Meinung. Bekanntlich hat der Gemeinderat zwei Jahre Zeit, um dem Stadtrat einen Umsetzungsvorschlag zu einer erheblich erklärten Motion zu unterbreiten. Auch wenn in der Motion das Wort «*rasch*» steht, ist selbstverständlich klar, dass eine allfällige Konsultativabstimmung erst nach Abschluss des Dialogprozesses stattfinden kann und die Erkenntnisse aus Letzterem in diese einfließen sollen. Als ich die Motion einreichte, hatte der Dialogprozess ja noch nicht einmal begonnen. Der Dialogprozess soll rund ein Jahr dauern, vielleicht etwas länger. Es gibt also genügend zeitlichen Spielraum, um eine daran anschliessende Konsultativabstimmung vorzubereiten. «*Rasch*» im Sinne der Motion bedeutet deshalb innerhalb der Umsetzungsfrist von zwei Jahren. Für die Fraktion Einfach libres! ist zudem unbestritten, dass die Fragestellungen nicht in Stein gemeisselt sind, sondern neu definiert werden können. Vielleicht wird dies sogar zwingend notwendig. Die Fragen können auf Basis der weiteren Entwicklungen umformuliert werden. Der Stadtrat hat sowohl bezüglich der dringlichen überparteilichen Motion 20180089 «Unterhaltszulage pro Kind für alle Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter» wie auch der Motion 20120370 «Städtische Alters- und Pflegeheime verselbstständigen» zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat dem Stadtrat auch bei der Umsetzung von erheblich erklärten Motionen sehr wohl Alternativvorschläge unterbreiten kann. Anpassungen bei der Umsetzung der Anliegen von Vorstössen sind demnach kein Grund für eine Umwandlung in ein Postulat. Die Fraktion Einfach libres! erwartet eine demokratisch legitimierte Abstimmung der Bieler Stimmbevölkerung zur Frage des A5-Westastes und dessen Umsetzung, auch wenn diese nur einen konsultativen Charakter hat. Die in der Beantwortung erwähnte Umfrage des Instituts Demoscope wurde repräsentativ durchgeführt, doch ist es gegenüber Bund und Kanton politisch von Gewicht, sich auf eine Medienumfrage abzustützen, die erst noch eine andere Fragestellung hatte?

Betreffend der Repräsentativität der Abstimmungsergebnisse widerspricht sich der Gemeinderat selber, solange die Regionsgemeinden wie Nidau, Port oder Ipsach keine Konsultativabstimmungen durchführen können. Einerseits erachtet er die Ergebnisse der von den Gassmann Medien in Auftrag gegebene Demoscope-Umfrage als regional nicht signifikant abweichend von denjenigen in Biel, andererseits moniert er aber, eine Abstimmung könnte heikel sein, weil aufgrund fehlender Rechtsgrundlagen kein Vergleich mit den anderen Gemeinden möglich sei. Aber seien wir ehrlich: ist es einer Gemeinde nicht erlaubt, auf die Traktandenliste einer Gemeindeversammlung das Thema «Westast» aufzunehmen, mit der Bevölkerung zu diskutieren und konsultativ eine Meinung abzuholen? Ist die Stadt Nidau nicht in der Lage, eine Bürgerveranstaltung zu diesem Thema durchzuführen? Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Die Stadt Biel kennt das Instrument der Konsultativabstimmung und sie sollte es bei einer so wichtigen Angelegenheit wie dem A5-Westast auch anwenden. Weshalb wird im Vernehmlassungsentwurf der neuen Stadtordnung die Konsultativabstimmung, wie sie heute existiert, als Variante vorgeschlagen, wenn doch gar keine solche durchgeführt werden soll, weil in den Nachbargemeinden eine entsprechende Rechtsgrundlage fehlt...? Im Weiteren behauptet der Gemeinderat, dass die Motionärin in einer Konsultativabstimmung den Alternativvorschlag «Westast so besser» dem Ausführungsprojekt gegenüberstellen will. Da kann ich nur den Kopf schütteln. Das ist eine inakzeptable Unterstellung. Mit dieser Aussage legt mir der Gemeinderat Worte in den Mund, die ich weder im Motionstext geschrieben noch in irgendeiner Aussage je gemacht habe. Für diese «fake information» müsste er sich eigentlich entschuldigen. Ganz im Gegenteil: der Motionstext geht bei der zweiten Fragestellung von Varianten (in der Mehrzahl) aus, dies wohlwissend, dass andere Ideen und Vorschläge im Raum stehen. Im Gegensatz zur Demoscope-Umfrage will ich keine solche Gegenüberstellung!

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären. Bei vielen anderen Geschäften würde ich diesem Vorgehen wahrscheinlich zustimmen. **Doch vorliegend beantrage ich, den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären**, weil es zur politischen Verantwortung des Stadtrates gehört, zu entscheiden, ob eine Konsultativabstimmung durchgeführt werden soll und wie gegebenenfalls die abschliessende Fragestellung lauten soll. Mit der Umwandlung in ein Postulat gibt der Stadtrat das Wichtigste aus der Hand, nämlich zu bestimmen, ob es zu einer Abstimmung kommt oder nicht. Das darf bei einem für die Stadt so wichtigen Thema nicht sein! Diese Kompetenz muss beim Stadtrat bleiben. Nur mit einer Motion kann der Stadtrat den Gemeinderat dazu verpflichten, dem Stadtrat nach Abschluss des Dialogprozesses einen Vorschlag zur Umsetzung des vorliegenden Vorstosses zu

unterbreiten. Es kann nicht sein, dass der Stadtrat diesen Entscheid delegiert und der Gemeinderat alleine über die Durchführung einer Konsultativabstimmung befinden kann. Es ist nicht so, dass ich kein Vertrauen in den Gemeinderat hätte, aber diese Frage ist zu wichtig, als dass sie delegiert werden könnte. Das wäre aus meiner Sicht unverantwortlich gegenüber der Bieler Bevölkerung und unseren WählerInnen. Deshalb bitte ich den Stadtrat mit Nachdruck, den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären und damit seine politische Verantwortung wahrzunehmen.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP folgt dem Gemeinderat und würde den Vorstoss höchstens als Postulat unterstützen, nicht aber als Motion. Erlauben Sie mir einige allgemeine Bemerkungen zu Konsultativabstimmungen: Wie in der Beantwortung erwähnt, sind Konsultativabstimmungen zwar unverbindlich, faktisch aber ist die Behörde trotzdem weitgehend an deren Ausgang gebunden. Die Möglichkeit, Konsultativabstimmungen durchzuführen, wurde erst 2013 in die Stadtordnung aufgenommen und ist damit relativ neu. Es konnten noch keine Erfahrungen damit gemacht werden. Sollte es zu einer Abstimmung betreffend A5-Westast kommen, muss diese aus Sicht der Fraktion FDP zum richtigen Zeitpunkt erfolgen und die richtigen Fragen stellen. Zudem wurde der vorliegende (wie auch der nächste) Vorstoss eingereicht, bevor klar war, ob ein Dialogprozess in Gang kommt. Wie der Gemeinderat in beiden Beantwortungen zu Recht sagt, hängt das weitere Vorgehen bezüglich A5-Westast wesentlich vom Ausgang des Dialogprozesses ab. Die Umfrage des Instituts Demoscope im Auftrag der Gassmann Medien ist als Momentaufnahme zu verstehen, nachdem in den Medien während mindestens einem Jahr ziemlich einseitig über den A5-Westast berichtet wurde und sich die städtischen, kantonalen und eidgenössischen Behörden in Schweigen hüllten. Die Projektbefürwortenden fanden in den Bieler Medien über lange Zeit kein Gehör. Auch war die Fragestellung sehr einseitig, ja sogar suggestiv. Ich zitiere aus der Umfrage: *«Eigentlich ist es schon lange beschlossene Sache, dass mit der A5-Westumfahrung eine Lücke im Autobahnnetz geschlossen werden soll. Jetzt regt sich aber Opposition gegen das Strassenbauprojekt und es ist unter dem Titel «Westast so besser» auch eine Alternative ins Spiel gebracht worden. Anders als beim ursprünglichen Projekt sind namentlich drei Sachen: erstens soll auf die geplanten Anschlüsse Biel Centre und Seevorstadt verzichtet werden, zweitens soll praktisch die ganze Strecke als Tunnel gebaut werden und drittens soll diese Strecke nur zweispurig und nicht vierspurig gebaut werden. Welche der drei Lösungen ist Ihnen persönlich am nächsten? Das ursprüngliche Bauprojekt, die Alternative «Westast so besser» oder der vollständige Verzicht auf die Westumfahrung?»* Soviel zur suggestiven Fragestellung, die aus meiner Sicht nicht einer objektiven Meinungserhebung entspricht. Da nur über die Vorteile des Alternativprojekts informiert wird, wäre der nicht vertieft informierte Bürger ja dumm, diesem nicht zuzustimmen. Die Behörden haben im Vorfeld geschwiegen und – noch schlimmer – falsche Angaben der Gegnerschaft nicht widerlegt. Über das Ausführungsprojekt war wenig bekannt. Schlussendlich hält die Beantwortung des Gemeinderats auch fest, dass gemäss Umfrageergebnissen 70% der Bevölkerung eine Autobahnlösung wünschen.

Wie bereits gesagt, könnte meine Fraktion dem vorliegenden Vorstoss höchstens in Form eines Postulats zustimmen. Auch wenn die Fraktion FDP für die Volksrechte ist, folgt sie dem Gemeinderat aus sachlichen und formellen Gründen. Im Vorstoss werden klare Fragen gestellt und es wird eine *«möglichst rasche»* Umsetzung verlangt. Deshalb wäre es unüblich und falsch, jetzt zu Handen des Protokolls den Motionstext

anzupassen. Das ist meiner Einschätzung nach nicht zulässig. Schon nur deshalb ist die Motion aus meiner Sicht abzulehnen. Ob eine Konsultativabstimmung notwendig wird, zeigt sich erst nach Beendigung des Dialogprozesses. Deshalb ist die Fraktion FDP der Auffassung, ein Postulat reiche für das vorliegende Anliegen aus. Sie vertraut dem Gemeinderat, dass er eine Konsultativabstimmung durchführen wird, sollte sich eine solche aufdrängen.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Auslöser des vorliegenden Vorstosses war nicht die Demoscope-Umfrage, sondern der Wunsch, über den A5-Westast abstimmen zu können. Wie in einem normalen Abstimmungskampf gäbe es im Vorfeld der Konsultativabstimmung eine Kampagne, in welcher beide Seiten die Gelegenheit hätten, die Bevölkerung zu informieren. Insofern müssten eigentlich auch diejenigen, die sich momentan benachteiligt fühlen, für eine Konsultativabstimmung sein. Ich spreche zum vorliegenden Vorstoss wie auch zur nachfolgend traktandierten dringlichen überparteilichen Motion 20180413 («A5: Falls Konsultativabstimmung, dann zum richtigen Zeitpunkt und mit der(n) richtigen Frage(n)»). Im Prinzip hätten die beiden Vorstösse gleichzeitig behandelt werden sollen. Die dringliche überparteiliche Motion 20180413 wurde ja eigentlich als Reaktion auf den vorliegenden Vorstoss eingereicht. Die Fraktion Grüne unterstützt den vorliegenden Vorstoss als Motion, will aber die dringliche überparteiliche Motion 20180413 wie vom Gemeinderat beantragt in ein Postulat umwandeln. Das ergibt Sinn und ist ein Brückenschlag zwischen Befürwortenden und Gegnerschaft des offiziellen A5-Westast-Projekts. Jetzt müssen wir versuchen, zusammenzuarbeiten. Die vorliegende Motion verlangt, dass möglichst rasch, also innert höchstens zwei Jahren, eine Konsultativabstimmung zum A5-Westast durchgeführt wird. Sie formuliert bereits die Fragen, die den Stimmberechtigten gestellt werden sollen. Die dringliche überparteiliche Motion 20180413 hingegen verlangt im Wesentlichen, dass vor der Durchführung der Konsultativabstimmung eine Reihe von Vorbedingungen erfüllt sein müssen. Eine Überprüfung dieser Vorbedingungen zeigt auf, dass damit sehr hohe Hürden für eine Konsultativabstimmung gesetzt werden. Die Konsultativabstimmung würde sich um Jahre verzögern und könnte vielleicht gar nie stattfinden. In Form einer Motion sind diese Bedingungen daher untauglich und grenzen an eine Verhinderung der Konsultativabstimmung. Als Postulat sagt der Vorstoss aber aus, dass eine Konsultativabstimmung gut vorbereitet werden soll. Das Ergebnis der Konsultativabstimmung, wie es auch immer ausfallen mag, soll politisch, rechtlich und sachlich umsetzbar sein. Auch wenn eine Konsultativabstimmung für Bund und Kanton rechtlich unverbindlich ist, so hat sie im vorliegenden Fall eine enorme Bedeutung und das Abstimmungsergebnis müsste politisch akzeptiert werden. Der Titel der dringlichen überparteilichen Motion 20180413 fasst die Absicht der Urhebenden gut zusammen: *«Zum richtigen Zeitpunkt mit den richtigen Fragen»*... Diese Forderung entspricht der Auslegung der Fraktion Grüne des vorliegenden Vorstosses. Als Postulat gibt die dringliche überparteiliche Motion 20180413 dem Gemeinderat die Möglichkeit, den Zeitpunkt für eine Konsultativabstimmung richtig zu wählen und vor allem den Dialogprozess und dessen Ergebnisse abzuwarten. Zudem erlaubt sie es, dem Stadtrat als Variante andere, zum betreffenden Zeitpunkt zutreffendere Fragen vorzuschlagen. Der vorliegende Vorstoss muss als Motion überwiesen werden, damit der Stadtrat das letzte Wort hat. Die Konsultativabstimmung birgt auch ein generelles Problem, das im Zusammenhang mit der Totalrevision der Stadtordnung noch geprüft werden sollte: Bei einer Initiative oder einem Referendum kann eine Abstimmung aufgrund der gesetzlichen Fristen und Vorschriften auch gegen den Willen der Behörden

durchgesetzt werden. Bei der Konsultativabstimmung ist hingegen nicht so klar, wie der Stadtrat diese gegen den Gemeinderat durchsetzen kann. Sollte der Gemeinderat keine Vorlage erarbeiten, vermute ich, dass der Stadtrat sich diesen Auftrag selber über das Stadtratsbüro oder eine Spezialkommission erteilen müsste. Jedenfalls können die Stadtratmitglieder ihre Interessen mit einer Motion besser wahren. Das heisst nicht, dass die Fraktion Grüne dem Gemeinderat misstraut. Aber mir scheint die Überweisung des vorliegenden Vorstosses als Motion im Moment die einzige Möglichkeit, die bestehende Rechtslücke in der Stadtordnung behelfsmässig zu schliessen.

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Die vorliegende Motion wurde aus Sicht der Fraktion SP/JUSO zu einem etwas unglücklichen Zeitpunkt traktandiert. Grundsätzlich sind für uns die gelebte Demokratie und der Einbezug der Bevölkerung wertvolle Güter, die nicht in Frage gestellt werden dürfen. Nun läuft aber im Moment der Dialogprozess. Diesem sollte Raum gegeben werden. Ein Dialog braucht Zeit, ein freies Feld und keinen Druck. Es handelt sich um einen offenen Prozess. Diesem Prozess ist es nicht dienlich, wenn gleichzeitig eine Volksbefragung durchgeführt wird. Gemäss Motionstext hätte die Konsultativabstimmung möglichst rasch durchgeführt werden sollen. Die Fraktion SP/JUSO wünscht sich, dass jetzt der Dialogprozess in den Vordergrund gestellt wird. Die Motionärin bot diesbezüglich bereits Hand und sieht die Konsultativabstimmung in der Zwischenzeit als Mittel, falls der Dialogprozess scheitern sollte. Das begrüsst die Fraktion SP/JUSO sehr. Positiv finden wir zudem, dass die Möglichkeit offengelassen wird, die Fragestellungen in der Ratsdebatte nochmals anzupassen. Die gestellten Fragen sind aus unserer Sicht der Schwachpunkt der vorliegenden Motion. Die Fraktion SP/JUSO bedauert, dass die Fragen nicht breiter abgestützt und überparteilich sowie mit Fachpersonen abgesprochen worden sind. Aber der Einbezug der Bevölkerung ist für uns ein wichtiges Gut. Vor dem Hintergrund, dass die Konsultativabstimmung nicht sofort durchgeführt werden soll, stimmt die Fraktion SP/JUSO deshalb der vorliegenden Motion zu.

Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR peut tout à fait comprendre l'intérêt et l'utilité de faire, un jour peut-être, une votation consultative. En revanche, notre groupe est favorable à la transformation de cette motion en postulat, car il faut laisser une marge de manoeuvre afin de voir les résultats du dialogue qui est en cours. Contrairement à ce qu'a dit Madame Tennenbaum, le Conseil de ville aura bien le dernier mot sur la question à poser au Peuple ainsi que sur le calendrier. La réponse du Conseil municipal sur la question 2 de la motion Bohnenblust, «A5: en cas de votation consultative, il faudra l'organiser au bon moment avec la(les) bonne(s) question(s)», qui sera traitée au point 10 de l'ordre du jour de ce soir, le précise bien. Ce n'est donc pas vrai que le Conseil de ville perdrait ses droits dans le cas où cette motion serait transformée en postulat puis adoptée. Le Groupe PRR soutient donc la proposition du Conseil municipal qui va dans ce sens.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ich kann den Ausführungen der Fraktionssprecherin SP/JUSO teilweise folgen: Der Dialogprozess soll in den Vordergrund treten und die Fragen der Motion sind schwach formuliert. Aber die Fraktion SVP/Die Eidgenossen kommt zu einer anderen Schlussfolgerung: Für sie ist eine Motion der falsche Weg, weil sie Druck ausübt, eine Konsultativabstimmung durchführen zu müssen. So kann der Dialog eben gerade nicht in den Vordergrund rücken. Ausserdem sollte die Stadt Biel eine Konsultativabstimmung zum A5-Westast

nicht ohne Rückhalt aus Bund und Kanton durchführen, denn sie hätte so keinen Wert. Wenn bei Bund und Kanton kein Rückhalt für die Konsultativabstimmung spürbar ist, werden sie später eine Lösung präsentieren, die das Abstimmungsergebnis nicht anerkennt, was das Volk verärgern wird. Mit einem Postulat gibt der Stadtrat dem Gemeinderat die Möglichkeit, die Durchführung einer Konsultativabstimmung zu prüfen. Damit erhält der Gemeinderat Raum, eine allfällige Konsultativabstimmung ohne Druck und ohne bereits formulierten Fragen vorzubereiten. Sollte das Dialogverfahren eine für alle Seiten befriedigende Lösung hervorbringen, erhält der Gemeinderat zudem die Möglichkeit, auf eine Konsultativabstimmung zu verzichten. Das Postulat ist der einzig richtige Weg, mit dieser Materie umzugehen. Der Gemeinderat nimmt den Auftrag gerne an und seine Ausführungen sind absolut nachvollziehbar.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Gemeinderat stellt mit Genugtuung fest, dass sich niemand gegen den Dialogprozess ausgesprochen hat. Es ist erfreulich, dass dieser allgemein unterstützt wird, handelt es sich doch um den richtigen Weg, um zusammen eine Lösung zu finden. Welches Ergebnis der Dialogprozess hervorbringen wird und wie damit umgegangen werden soll, ist heute noch völlig offen. Es liegt aber auf der Hand, dass der A5-Westast ein wichtiges Thema ist, zu welchem sich die Bevölkerung äussern können muss. Dazu kann eine Konsultativabstimmung ein durchaus sinnvolles Instrument sein. Heute kann aber nicht abgeschätzt werden, ob dies der Fall sein wird. Darüber muss nach Abschluss des Dialogprozesses entschieden werden.

Frau Tennenbaum, der Gemeinderat wird sich bei Ihnen nicht entschuldigen, denn er hat nichts falsch gemacht. Ich wehre mich auch gegen den Vorwurf, dass der Gemeinderat «fake information» verbreite und damit quasi mit dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump verglichen wird. Der vorliegende Vorstoss wurde nach der Publikation der Demoscope-Umfrage, aber noch vor dem Beschluss für einen Dialogprozess, eingereicht. In der Motion werden die Fragen der Konsultativabstimmung als Teil der Forderung formuliert und nicht als Teil der Begründung. Wenn Frau Tennenbaum sagt, die Konsultativabstimmung müsse nicht sofort durchgeführt werden, sondern innerhalb von zwei Jahren, und die bereits formulierten Fragen könnten noch abgeändert werden, so spricht das klar für die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Der Vorstoss wurde zum Teil von den Ereignissen überholt. Würde ein Vorstoss eingereicht mit dem Anliegen, am Ende des Dialogprozesses eine Konsultativabstimmung durchzuführen, wäre das eine andere Fragestellung. Damit habe ich auch bereits Herrn Scheuss auf seine Frage geantwortet, was der Stadtrat tun könne, sollte der Gemeinderat nicht gewillt sein, eine Konsultativabstimmung durchzuführen. Herr Scheuss nannte die Möglichkeit, dass der Stadtrat selber eine Botschaft erarbeiten könnte. Eine andere Variante wäre, dass er dem Gemeinderat den Auftrag erteilen würde, in Kenntnis der dannzumaligen Sachlage eine Abstimmungsbotschaft zu erarbeiten. Frau Tennenbaum, es ist formell einfach nicht korrekt, an der Motion festzuhalten mit dem Hinweis, die Fragen könnten noch abgeändert werden, denn die Fragen sind Teil der Forderung. Deshalb beantragt der Gemeinderat die Umwandlung in ein Postulat. Der Gemeinderat hofft, dass der Dialogprozess gut verläuft. In diesem Fall ist es sehr wahrscheinlich, dass in einem Konsultativverfahren nach dessen Abschluss andere Fragen gestellt werden müssen. Die von Frau Tennenbaum Mitte November 2018 verfasste Motion wurde in der Zwischenzeit von der Realität bis zu einem gewissen Punkt überholt. Aus diesem

formellen Grund beantragt der Gemeinderat die Umwandlung der Motion in ein Postulat und nicht, weil er das Anliegen als unwichtig erachtet oder die Bevölkerung nicht an der Entscheidungsfindung teilhaben lassen will. So wie Frau Tennenbaum ihren Vorstoss formuliert hat und heute damit umzugehen gedenkt, ist er aber nicht motionsfähig. Der Gemeinderat bittet den Stadtrat, die formellen Spielregeln, die sich das Parlament selber gegeben hat, zu respektieren.

Ordnungsantrag

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Ich kann den Ausführungen des Stadtpräsidenten nicht ganz zustimmen. Es ist effektiv so, dass ich nie von einem Vergleich der beiden Projekte gesprochen habe, sondern immer von Varianten. Das ist aber nicht wesentlich. Vielleicht ist an meinem Vorstoss formaljuristisch nicht alles zu 100% korrekt; der Bieler Stadtrat ist ja auch ein Milizparlament. Ich habe versucht, mein Anliegen so gut als möglich zu formulieren. Eigentlich möchte ich nach wie vor an der Motion festhalten. **Trotzdem beantrage ich einen kurzen Sitzungsunterbruch**, um mich mit meinen UnterstützerInnen zu besprechen.

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Sitzungsunterbruch 18.50 Uhr - 19.00 Uhr

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Nach Rücksprache mit mehreren Fraktionen habe ich beschlossen, **die dringliche Motion 20180362 zurückzuziehen** zu Gunsten eines politisch breiter abgestützten Vorstosses für eine Konsultativabstimmung, der weniger vorgefasste Fragen beinhaltet. Offenbar wird die Durchführung einer Konsultativabstimmung an sich vom Stadtrat nicht bestritten. Deshalb finde ich es sinnvoller, jetzt nicht einen Vorstoss «durchzustieren», der später nur zu Konflikten führen könnte. Vielmehr wird nun ein neuer Vorstoss ausgearbeitet und dem Stadtrat zu einem späteren Zeitpunkt unterbreitet.

Cadetg Leonhard, 1. Vize-Präsident: Damit übergebe ich die Sitzungsleitung wieder an die Stadtratspräsidentin.

- 36. Dringliche überparteiliche Motion 20180413, Peter Bohnenblust, FDP, Martin Wiederkehr, SP, Daniel Suter, PRR, Sandra Schneider, SVP, Mohamed Hamdaoui, parteilos, Reto Gugger, BDP, Thomas Brunner, EVP, «A5: Falls Konsultativabstimmung, dann zum richtigen Zeitpunkt und mit der(n) richtigen Frage(n)»**

(Text der dringlichen Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt, die dringliche überparteiliche Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Bohnenblust Peter, FDP: Die Urhebenden danken dem Gemeinderat für seine Beantwortung. Mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat sind wir einverstanden,

auch wenn gewisse Argumente unseres Erachtens formell nicht ganz korrekt sind. Meine Vorbehalte habe ich aber bereits vor der Sitzung mündlich beim Gemeinderat angebracht und ich verzichte daher auf weitere Ausführungen. Im Weiteren möchte ich festhalten, dass der vorliegende Vorstoss als Reaktion auf die vorgängig diskutierte dringliche Motion 20180362 eingereicht wurde, die von den Urhebenden als wenig zielführend erachtet wurde. Zum heutigen Zeitpunkt ist unklar, ob es betreffend A5-Westast überhaupt zu einer Abstimmung kommt. Deshalb steht im Vorstosstitel auch «... zu einer allfälligen Konsultativabstimmung...». Ich weiss nicht, ob ein weiterer Vorstoss nötig sein wird. Wie Frau Tennenbaum antönte, könnte ein solcher vielleicht gar überparteilich erarbeitet werden. Für die Fraktion FDP ist es wichtig, den Zeitpunkt der Abstimmung richtig zu wählen. Zudem ist bei Konsultativabstimmungen die Fragestellung immer eine Krux, die betreffend A5-Westast besonders schwierig zu lösen sein wird. Vorhin wurde gesagt, den Urhebenden des vorliegenden Vorstosses gehe es um die Verhinderung einer Konsultativabstimmung. Ich kann Sie beruhigen: das ist in keiner Art und Weise der Fall! Das wird mit dem Einverständnis zur Umwandlung der Motion in ein Postulat deutlich. Es geht nicht um Verhinderung, sondern um eine sachgerechte Lösung. Wie der Gemeinderat zu Recht ausführt, ist das Ergebnis des Dialogprozesses offen. Die Mitwirkung von Bund und Kanton an einer Konsultativabstimmung ist ebenfalls noch eingehend zu klären.

Scheuss Urs, Grüne: Nachdem die dringliche Motion 20180362 zurückgezogen wurde, möchte ich beliebt machen, auch den vorliegenden Vorstoss abzulehnen. Somit hätte der Stadtrat «Tabula rasa», um einen neuen, gemeinsamen, breit abgestützten Vorstoss für eine Konsultativabstimmung zu erarbeiten. Auch im Hinblick auf den Dialogprozess fände ich es gut, einen breit abgestützten Vorstoss einreichen zu können. Deshalb **beantrage ich, das Postulat nicht erheblich zu erklären.**

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO kann sich dem Vorredner anschliessen. Nachdem die dringliche Motion 20180362 zurückgezogen wurde, macht es nun keinen Sinn mehr, den vorliegenden Vorstoss als Postulat erheblich zu erklären.

Bohnenblust Peter, FDP: So läuft Politik – während der laufenden Sitzung verändern sich die Gegebenheiten! Ich bin erstaunt und finde es schade, dass die Ratslinke den Vorstoss nicht unterstützen will. Vielleicht ist ja doch noch das eine oder andere Stadtratsmitglied bereit, ihn als Postulat erheblich zu erklären. Der Stadtrat vergibt sich damit nichts.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Scheuss, das dringliche überparteiliche Postulat nicht erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen und das Postulat nicht erheblich erklärt.

37. Dringliches Postulat 20180364, Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO, «A5 Westast Marsch-Halt, Dialog und Vergleich auf Grund der aktuellen Verkehrszahlen»

(Text des dringlichen Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt, das dringliche Postulat erheblich zu erklären.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Der runde Tisch zum A5-Westast und damit der Dialogprozess haben begonnen. Ich hoffe, dass dieser Dialog mit allen betroffenen Gruppierungen, aber auch mit der Bevölkerung geführt werden kann. Die ersten Anzeichen sind positiv. Es wird zwei Gruppen geben. Erstens eine kleine Kerngruppe mit je vier bis fünf Befürwortenden und GegnerInnen, den Städten Biel und Nidau sowie einer für den öffentlichen Verkehr (öV) zuständigen Fachperson. Und zweitens die Dialoggruppe, in welcher alle Behörden und weitere betroffene Gruppierungen vertreten sein sollen. Die Dialoggruppe entscheidet über die Vorschläge der Kerngruppe im Dialog, also ohne Mehrheitsentscheid. Das scheint mir wichtig. Es läuft also nicht wie im Stadtrat, wo manchmal eine einzige Stimme entscheidend ist. Ende Februar 2019 reichte der Kanton ein Gesuch für die Sistierung der Planung ein. Dieses wurde letzte Woche vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) genehmigt. Der Maschhalt ist somit Realität. Es ist wichtig, dass die Einsprachen und Planungen zum Ausführungsprojekt sistiert sind, denn nur so kann die Diskussion ohne Druck geführt werden. Seit der Eröffnung des A5-Ostasts liegen neue Verkehrszahlen vor, die teils anders ausfallen als die im Ausführungsprojekt publizierten. Ab sofort müssen diese neuen Zahlen verwendet werden. Auch städtebauliche Aspekte müssen von der Bevölkerung diskutiert werden und ins Projekt einfließen. Die verschiedenen Varianten sollen jetzt anhand der neuen Verkehrszahlen beurteilt werden. Neben dem Ausführungsprojekt und dem alternativen Projekt «Westast so besser!» wurden am runden Tisch auch die Null-Plus-Variante, der Stadttunnel, die Südvarianten sowie die verschiedenen Seelandtangente erwähnt. Insgesamt lief der Prozess gut an. Ich hoffe, dass er weiterhin konstruktiv bleibt. Ich danke dem Gemeinderat für sein bisheriges Insistieren beim Kanton und auch für seine künftige Arbeit. Es ist nämlich noch nicht alles erledigt. Die Fraktion SP/JUSO hofft auf eine wirklich stadtverträgliche A5-Verbindung in Richtung Neuenburg.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Herr Steinmann berichtete ausführlich über den aktuellen Stand der Projektsistierung durch Kanton und UVEK. Aus Sicht der Fraktion SVP/Die Eidgenossen könnte der Stadtrat dem Gemeinderat grundsätzlich folgen. Sie findet jedoch, die Forderungen des vorliegenden Postulats seien erfüllt, wenn nicht gar übertroffen. **Deshalb beantragt sie, das dringliche Postulat 20180364 erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.**

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Vielleicht wirkte mein Votum etwas zu euphorisch. Es ist noch nicht alles erledigt! Der Dialog mit der Bieler Bevölkerung muss weiterhin stattfinden. Ein unabhängiger Vergleich des Ausführungsprojekts und der alternativen Vorschläge muss erarbeitet werden. Auch die im Postulat erwähnten städtebaulichen Aspekte sind für den Gesamtprozess wichtig. Ich hoffe, der Gemeinderat bleibt dran und unterstützt diese Prozesse weiterhin. Es ist auch noch nicht klar, ob die aktualisierten Verkehrszahlen tatsächlich in die Planung einfließen

werden. Vorerst muss der Dialogprozess abgewartet werden. Das Postulat sollte jedenfalls nicht abgeschrieben werden.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Gemeinderat beantwortete den vorliegenden Vorstoss am 19. Dezember 2018. Der Entscheid, den Dialogprozess zu starten, wurde am 21. Dezember 2018 gefällt. Wäre dieser am 19. Dezember 2018 bereits so weit fortgeschritten gewesen wie heute, kann es sein, dass der Gemeinderat beantragt hätte, dass vorliegende Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben. Punkt eins des Postulats verlangt einen Marschhalt. Dieser wurde in der Zwischenzeit vom UVEK verfügt. Punkt zwei des Postulats verlangt einen echten Dialog. Dieser ist in der Zwischenzeit erfolgreich angelaufen. Die Forderung des Punkts drei nach einem gründlichen und unabhängigen Vergleich des Ausführungsprojektes mit den anderen alternativen Vorschlägen, wird Gegenstand der Verhandlungen am runden Tisch sein. Ich gehe davon aus, dass dem Stadtrat zu gegebener Zeit sowieso ein Bericht vorgelegt wird. Zudem bin ich ziemlich sicher, dass je nach Verhandlungen am runden Tisch wiederum neue Vorstösse zum Thema A5-Westast eingereicht werden. Ob der Stadtrat das vorliegende Postulat abschreibt oder nicht, spielt daher keine grosse Rolle. Der Gemeinderat wird seine Arbeit sowieso erledigen. Über die Abschreibung hat der Stadtrat zu entscheiden.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Die Erheblicherklärung des Postulats wurde nicht bestritten. Wir stimmen somit nur über dessen Abschreibung ab.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, das Postulat erheblich hzu erklären und abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt und das Postulat erheblich erklärt.

38. Interpellation 20180260, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, «Was passiert mit der nicht-Einhaltung der Zweisprachigkeit bei der Signalisierung der Autobahn A5 in Biel?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderates **befriedigt**.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: Nous sommes face à un feuilleton digne de ce qu'on appelait les «soap opera». Tout d'abord, je remercie le Conseil municipal de sa réponse qui nous apporte des éléments concrets et qui rend enfin le problème visible. La réponse à mon interpellation est arrivée il y a quelques mois et, suite aux nombreux reports d'interventions, le Conseil de ville traite seulement aujourd'hui un problème qui a été assez médiatisé il y a quelques semaines. Cette histoire de panneaux autoroutiers de l'A5 ne respectant pas la signalisation bilingue aura eu le mérite de renforcer la collaboration entre certaines instances régionales comme le Forum du bilinguisme, le Conseil des affaires francophones (CAF), le Conseil municipal

ainsi que différents acteurs. Cela a aussi stimulé la créativité de nos autorités, vu que l'on a vu fleurir l'idée de signaler le contournement Ouest uniquement en français, afin de compenser la signalisation du contournement Est qui est en allemand. Par contre, au niveau symbolique, c'est assez catastrophique et cela pour les francophones, mais également de manière globale pour la population biennoise et celle du Canton. Le bilinguisme ne réside non pas dans le fait d'écrire, de parler ou de comprendre l'allemand ou le français, mais c'est avant tout une culture dans notre région, à laquelle la population s'identifie. C'est à ce titre que j'insiste pour que ces panneaux respectent la signalisation bilingue. Je remercie le Conseil municipal de partager cet avis et j'espère avoir le soutien de tout le monde pour aboutir à la traduction de ces panneaux autoroutiers de l'A5. Donc, je suis satisfaite de la réponse du Conseil municipal, mais absolument insatisfaite de la situation.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Danke für Ihr Votum, Frau Gonzalez. Auch die Fraktion SP/JUSO unterstützt Anliegen zum Bilinguismus, denn er gehört zur städtischen Identität. Auch wenn ich persönlich nicht so oft mit dem Auto unterwegs bin und die betreffenden Strassenschilder noch nie mit eigenen Augen gesehen habe, finde ich zweisprachige Schilder in Biel immer schön. Sie geben mir das Gefühl, zu Hause zu sein.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Es wurden zwar keine Fragen gestellt, aber ich möchte trotzdem etwas zur Thematik sagen. Die vorliegende Beantwortung wurde bereits vor einiger Zeit verfasst. Seitdem suchte der Gemeinderat weiterhin nach einer Lösung, was aber nicht ganz einfach ist. Trotzdem unternahm er weitere Versuche, mit Argumenten und im Dialog zu überzeugen. Die Situation der offiziell zweisprachigen Stadt Biel ist speziell und muss verständlich gemacht werden. Es stimmt, dass der Gemeinderat dabei immer wieder auf viel Unverständnis stösst. Gerade für Bundesbehörden ist die Stadt Biel eine Ausnahmeerscheinung. Der Gemeinderat will aber dranbleiben. Er will nicht einfach aufgeben und sagen, er habe es zwar versucht, aber leider habe es nicht gefruchtet. Wie Frau Gonzalez bereits erwähnte, ist ein Schulterschluss nötig. Deshalb suchte der Gemeinderat nach Partnerschaften, die ihm dabei helfen, die sich immer weiter schliessende Tür bei den Bundesbehörden wieder aufzustossen. In der Folge hat er zusammen mit dem Conseil des affaires francophones de l'arrondissement de Biel/Bienne (CAF) und dem Forum du bilinguisme einen Brief an Frau Bundesrätin Sommaruga geschrieben. Gerne hätte ich heute tolle Neuigkeiten verkündet, aber die Antwort steht noch aus. Aber immerhin habe ich auch keine schlechten Nachrichten - ich werte es aber als gutes Zeichen, dass noch keine Antwort eingegangen ist. Vielleicht bedeutet das, dass das Anliegen nochmals gründlich geprüft wird. Immerhin steht dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) mit Frau Sommaruga neuerdings eine Bernerin vor, welche die Bieler Situation kennt. Der Gemeinderat setzt darauf, dass sie den vorliegenden Fall nochmals aufrollt und dessen Behandlung nicht einfach dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) überlässt. Bisher erhielt die Stadt ja nur Briefe von Subalternen. Der Gemeinderat bleibt also dran. Ich weiss, dass auch der Stadtrat dranbleiben will und hoffe, dass eine gute Lösung gefunden werden kann.

39. Dringliches überparteiliches Postulat 20180324, Peter Heiniger, PdA, Mohamed Hamdaoui, PSR, «Massnahmen gegen Raser in der Innenstadt»

(Text des dringlichen überparteilichen Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Gemeinderat beantragt, das dringliche überparteiliche Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Heiniger Peter, PdA: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des vorliegenden Postulats, in welchem einige zu überprüfende Massnahmen gegen zu schnelles Fahren aufgelistet werden. Dabei werden systematische Geschwindigkeitskontrollen durchaus als valables Mittel angesehen. Bei diesen Kontrollen muss allerdings beachtet werden, dass beispielsweise via soziale Medien vor Radarfallen gewarnt wird, wodurch deren Wirkung nach kurzer Zeit verpufft sein dürfte. Deshalb sind solche Kontrollen nicht sehr nachhaltig. Der Gemeinderat will aber auch die Einführung von temporeduzierten Zonen prüfen, was wesentlich nachhaltiger sein dürfte. Die Umgestaltung der Innenstadt sollte einerseits den Langsamverkehr begünstigen und andererseits die im Postulat angesprochenen gefährlichen Verkehrssituationen entschärfen. Leider erwähnt der Gemeinderat in seiner Beantwortung keinen der sogenannten Hotspots, wo sich Jagdszenen mit überholter Geschwindigkeit abspielen. Das finde ich bedenklich. Am Stärksten sind solche Exzesse sonntags rund um den Bahnhof zu beobachten, was sicher einige Stadtratsmitglieder bestätigen können. Gerade beim Bahnhof sind aber offensichtlich keine Verkehrsberuhigungsmassnahmen geplant. Übrigens können auch Lärmemissionen gemessen und festgehalten werden. Es gibt Lärmgrenzwerte und die Lärmbelästigung kann sanktioniert werden. Jedenfalls sollten sich betroffene Personen und vor allem die Anwohnerschaft Gehör verschaffen können und zwar nicht nur mittels Einsprachen bei baulichen Massnahmen, sondern wirklich als Betroffene. So sollte festgestellt werden, in welchen Quartieren die Verkehrssituation als besonders prekär empfunden wird. Ich war übrigens sehr erstaunt über die mediale Präsenz des vorliegenden Postulats. Nach Jahren mit unzähligen Leserbriefen in der regionalen Presse und mit sonstigen Wortmeldungen ging ich davon aus, dass die städtischen Verkehrsberuhigungsmassnahmen wesentlich weiter fortgeschritten wären als dies der Fall ist. Das Anliegen des vorliegenden Postulats kann nicht aufgeschoben werden, weil die exzessive Fahrweise einiger Verkehrsteilnehmenden eine absolute Gefährdung von Leib und Leben und eine unzumutbare Lärmbelästigung für die Anwohnerschaft bedeutet. Gerade im Hinblick auf die vom Gemeinderat angestrebte Attraktivierung unserer Stadt muss in diesem Bereich schnellstmöglich gehandelt werden. Ein Menschenleben ist unbezahlbar. Deshalb dürfen gegen eine Verbesserung der Situation auf keinen Fall Kostengründe angeführt werden. Aufgrund der genannten Argumente ist das Postulat nicht erfüllt und ich **beantrage, dieses nicht abzuschreiben**.

Bohnenblust Peter, FDP: Punkt 4 des Postulats verlangt: *«Betroffene Personen, dabei vor allem Anwohner, sind anzuhören.»* Der Gemeinderat antwortet, die Umsetzung von verkehrsberuhigenden Eingriffen werde publiziert und die Bevölkerung könne ihre Rechte mittels Rechtsmittel wahrnehmen. Das gibt mir zu denken. Immer wird zuerst verfügt, worauf Anwälte eingeschaltet und der Prozess weitergeführt werden muss.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le terme utilisé n'est pas tout à fait approprié. Lorsqu'on parle de chauffard, il est fait référence à la Loi sur la circulation routière (LCR 741.01), c'est-à-dire à Via Sicura, où le délit de chauffard est mentionné lors de gros excès de vitesse. Dans le cas présent, il ne s'agit pas de la vitesse qui est mise en cause, mais des véhicules dont le bruit est excessif. Le quartier de la Gare est particulièrement prisé des amateurs de mécanique automobile. Il y a quelques années, c'était la place Guisan. Il s'agit sans doute d'un effet de mode. Tout de même, sans être le porte-parole de la Police cantonale, lors de l'été 2018, la Police cantonale a procédé à des contrôles techniques de véhicules circulant au centre-ville. Les voitures ont été examinées au Centre d'expertises du Seeland/Jura bernois et les infractions ont été dénoncées au Ministère public. Il ne faut pas oublier qu'aujourd'hui, rien n'empêche un jeune de vingt ans d'acquérir un véhicule de plus de 400 chevaux. À l'époque, la personne qui achetait une Ferrari avait soixante ans, alors qu'aujourd'hui, n'importe quelle voiture de la même puissance est accessible à tout le monde et cela fait tout autant de bruit. Je ne pense pas que la situation soit si catastrophique que décrite. En effet, Monsieur Hamdaoui, je devais être plus souvent que vous à la rue de la Gare! (*rires dans la salle*). Il ne faut toutefois pas banaliser la situation, car ce bruit de moteur est extrêmement dérangement la nuit. Je peux toutefois vous assurer que la Police cantonale procède à de nombreux contrôles qui donnent suite à de nombreuses dénonciations. Ces chauffards ne viennent pas forcément du Canton de Berne, mais de Neuchâtel ou de Soleure. Le Groupe UDC/Les Confédérés vous prie de suivre la proposition du Conseil municipal.

Hamdaoui Mohamed, PDC: On ne demande pas la lune! On souhaiterait simplement que ce postulat soit adopté sans le radier du rôle. Il y a d'autres endroits que le quartier de la Gare à Bienne, où ce bruit perturbe la vie des gens. À mon avis, l'adoption de ce postulat permettrait de donner l'information à la population que les Autorités prennent ce problème au sérieux et que des solutions urbanistiques soient mises en place. À la rue de Morat, à l'endroit dénommé le « Triangle des Bermudes », des gendarmes couchés ont été installés, et le résultat est positif. Il y a de moins en moins de courses de voitures sur ce tronçon de route. La radiation du rôle de ce postulat n'a donc aucun sens.

Wiher Max, GLP: Ich kann all meinen VorrednerInnen zustimmen und möchte einen kleinen Erlebnisbericht anfügen: Heute Abend um 18.00 Uhr fuhr ich mit dem Velo in Richtung Zentralplatz. Zwischen «Abraxas» und «Tiffany» kam mir ein BMW entgegen. Der Fahrer trat voll aufs Gas und der Motor heulte auf. Ein Konzertveranstalter hätte für diese Lautstärke vermutlich eine hohe Busse kassiert. Solche Vorfälle gibt es nicht nur am Bahnhof, sondern auch in der Zentralstrasse. Das ist für mich Grund genug, dem Antrag von Herrn Heiniger, das vorliegende Postulat nicht abzuschreiben, zuzustimmen.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Der Gemeinderat hat Kenntnis von den beschriebenen Verkehrssituationen und auch ich habe bereits solche erlebt. In der Beantwortung ist dargelegt, was der Gemeinderat - auch in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei - bisher dagegen unternommen hat. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Kantonspolizei beispielsweise jeweils zum Schuljahresbeginn Präventionskampagnen durchführt. Diese Kampagnen werden vom Kanton finanziert und weisen darauf hin, dass vermehrt Geschwindigkeitskontrollen an neuralgischen Punkten durchgeführt werden. Das ist aber nur eine der getroffenen

Massnahmen. Weitere werden in der vorliegenden Beantwortung beschrieben. Herr Heiniger, mir ist nicht ganz klar, was Sie damit bezwecken wollen, das Postulat nicht abzuschreiben. Sie haben verschiedene Punkte aufgezählt, die der Gemeinderat Ihres Erachtens noch umsetzen soll. Allerdings handelt es sich beim vorliegenden Vorstoss um ein Postulat, nicht um eine Motion. Ein Postulat ist bekanntermassen ein Prüfauftrag. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass er die geforderten Aspekte geprüft und das Postulat somit erfüllt hat. Deshalb empfiehlt er, das Postulat abzuschreiben. Selbstverständlich bedeutet das nicht, dass der Gemeinderat nichts gegen zu schnelles Fahren unternehmen will. Im Rahmen der in der Beantwortung beschriebenen Massnahmen wird er weiterhin tätig sein. Aber ein Postulat ist ein Prüfauftrag, der aus Sicht des Gemeinderats vorliegend erledigt ist.

Heiniger Peter, PdA: Das Postulat ist auf keine Art und Weise erfüllt. Natürlich könnte ich eine Motion nachreichen. Es wurde ja auch bereits erwähnt, dass Postulate praktisch keinen Wert mehr haben. Das führt dazu, dass vermehrt Motionen eingereicht werden. Die gefährlichen Verkehrssituationen werden immer prekärer. Ich erwähnte den Bahnhof. Es gibt aber weitere Hotspots, wo das Rasen zunimmt. Wie Herr Wiher sagte, sind in der Innenstadt zum Teil krasse Szenen zu beobachten. Nun müssen sofort Massnahmen ergriffen werden! In Anbetracht dessen, dass der Gemeinderat nichts unternehmen will, überlege ich mir wirklich, eine Motion nachzureichen.

Francescutto Luca, UDC: J'ai eu une idée lumineuse. Lorsque l'autoroute A5 sera terminée, les chauffards auront un autre endroit pour faire des courses de voitures!

Briechle Dennis, GLP: Ich merke, dass der Gemeinderat etwas ratlos ist. Deshalb würde ich ihm gerne einen Tipp mitgeben. Der Postulant bezieht sich ja explizit auf die Innenstadt, der Gemeinderat berichtet in seiner Beantwortung aber von Tempo-30-Zonen in den Quartieren: Diese Massnahmen könnten doch auch auf die Innenstadt ausgeweitet werden...

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Aus Sicht des Gemeinderats ändert sich damit nichts. Der Gemeinderat erhielt einen Prüfauftrag, den er mit der vorliegenden Beantwortung erfüllt hat. Ob entsprechende Massnahmen in der Innenstadt oder in den Quartieren ergriffen werden, spielt keine Rolle. Die Kantonspolizei und die städtischen Sicherheitsorgane sind in der ganzen Stadt unterwegs und setzen die beschlossenen Massnahmen um.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Die Erheblicherklärung des dringlichen überparteilichen Postulats wurde nicht bestritten. Wir stimmen somit nur über dessen Abschreibung ab.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Heiniger, das dringliche überparteiliche Postulat nicht abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen und das Postulat nicht abgeschrieben.

40. Dringliches Postulat 20180325, Christiane Vlaiculescu-Graf, PSR, «Energiepolitik der Stadt Biel II»

(Text des dringlichen überparteilichen Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Gemeinderat beantragt, das dringliche Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Vlaiculescu Christiane, PSR: Je remercie le Conseil municipal de sa réponse, mais elle ne me satisfait pas entièrement. Dans sa réponse, le Conseil municipal énumère les bâtiments publics sur lesquels des installations solaires sont installées, mais pas une liste des bâtiments municipaux sur le toit desquels une installation solaire va ou doit être aménagée. Il manque donc une réponse à la deuxième partie de ma première question. Est-ce que cela sous-entend qu'il n'y a pas de plan clair des bâtiments de la Ville qui pourraient être dotés d'installations énergétiques renouvelables? Ce serait triste, car la Ville de Bienne pourrait montrer l'exemple et donner un signal clair pour le futur. Le Conseil municipal répond aussi que l'installation de panneaux solaires ne nécessite pas de permis de construire, à l'exception notamment des monuments historiques. Il est aussi précisé que la Ville peut compter sur un conseiller spécialisé qui examine les demandes de permis de construire concernées (modification de chauffage, rénovation totale, nouvelles constructions). Alors, pourquoi y a-t-il des recours et pourquoi leur traitement prend-il autant de temps? Il y a certainement des considérations juridiques. Toutefois, si la volonté de la Ville est de soutenir une politique pour les énergies renouvelables, ne peut-elle vraiment pas intervenir? En ce qui concerne la politique d'ESB relative à la mise en place d'installations solaires photovoltaïques par des particuliers, ne serait-il pas judicieux qu'ESB joigne un courrier explicatif à la facture standard? Voilà le résultat de mes réflexions des points qui sont restés sans réponse. **Je demande de ne pas radier du rôle ce postulat.**

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Es freut mich, dass sich der Stadtrat für die Energiepolitik der Stadt und des ESB interessiert. Ich möchte festhalten, dass der ESB der Stadt gehört. Der Stadtrat gab beispielsweise dem ESB mittels Reglement für das selbständige Gemeindeunternehmen Energie Service Biel/Bienne (ESB) (SGR 741.1) einen Auftrag bezüglich erneuerbarer Energieträger. Das Reglement enthält diesbezüglich klare Ziele, die der Gemeinderat jeweils in Leistungsverträgen detailliert festhält und überprüft. Es stimmt, dass in der Beantwortung nur bereits bestehende Solaranlagen aufgelistet sind. Vielleicht ging der zweite Teil der Interpellation in der Beantwortung etwas unter. Das tut mir leid. Jedenfalls sind noch ein paar Projekte in Arbeit, so zum Beispiel die Solaranlage auf der Garderobe im Mettmoos. Die Stadt will künftig auf allen geeigneten Garderobengebäuden Solaranlagen installieren. Auch Neubauten wie voraussichtlich bei der Schulanlage Champagne sollen einen hohen Anteil ihres Energieverbrauchs selber decken können. Ob die Solaranlagen vom ESB oder von der Stadt selber erstellt werden sollen, muss offengelassen werden. Stadteigene Photovoltaikanlagen machen überall dort Sinn, wo der Eigenverbrauch hoch ist, so beispielsweise beim Werkhof. Frau Vlaiculescu erwähnte auch die Warmwasseraufbereitung. Ich möchte die Thematik ausweiten auf das Heizen und Kühlen von Gebäuden, die bezüglich CO₂-Ausstoss ebenfalls sehr wichtig sind. Bei der Stadt kommt nur noch Strom aus erneuerbaren Energiequellen zum Einsatz. Die Wärmeerzeugung hingegen ist noch

keinesfalls CO₂-neutral, sondern stammt zu einem grossen Teil von fossilen Energieträgern. Deshalb sind gute Wärmelösungen auch für städtische Gebäude sehr wichtig. Dabei spielt die Fernwärme, für die der ESB grosse Anstrengungen unternimmt, eine wichtige Rolle. Ich möchte unter anderen die Schulanlagen Battenberg, Sahligut, Geyisried und Champagne erwähnen, die mit Fernwärme beheizt werden. Das Volkshaus verfügt über eine Pelletheizung. Noch vor acht Jahren konnte der Wärmebedarf der städtischen Gebäude nur zu 8% aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Bis heute konnte dieser Anteil bereits auf 35% gesteigert werden. In diesem Bereich geht es also sehr schnell vorwärts. Der Gemeinderat ist guten Mutes, dass die Stadt die Ziele des kantonalen Richtplans Energie erreichen kann.

Welches Interesse hat der ESB daran, dass Privatpersonen Photovoltaikanlagen erstellen? An diese kann er ja keinen Strom mehr verkaufen. Damit könnten solche Anlagen auch einen Einfluss auf die jährliche Abgabe des ESB an die Stadt haben, die jeweils immerhin ca. CHF 13 Mio. ausmacht, was rund 2 Steuerzehnteln entspricht. Hat der ESB zwei Seelen in seiner Brust? Eine genauere Betrachtung der CHF 13 Mio. zeigt, dass davon CHF 5.5 Mio. auf die Gewinnabgabe entfallen, CHF 1.5 Mio. auf das Verzinsungsdotationskapital, CHF 1.8 Mio. auf die Abgaben auf Wärme und CHF 4.2 Mio. auf die Abgabe von Strom. Somit macht der Strom rund einen Drittel der Gesamtabgabe aus. Momentan beträgt der Photovoltaikanteil in Biel 0.8%. Das ist fast nichts. Eine Verdoppelung der Photovoltaikanlagen würde auf die ESB-Abgabe an die Stadt lediglich CHF 35'000 ausmachen. Demnach haben die Photovoltaikanlagen momentan überhaupt keinen Einfluss auf die Abgabe des ESB an die Stadt. Die Witterungsverhältnisse im Winter haben einen viel grösseren Einfluss. Der ESB kann die Solarenergie also sogar aus wirtschaftlicher Sicht bedenkenlos unterstützen. Letztlich fördert er die Photovoltaikanlagen auch durch seinen vergleichsweise sehr hohen Rücklieferarif von 12 Rp/kWh.

Das dringliche Postulat 20180325 stellt letztlich auch eine Frage zum Baubewilligungsverfahren. Gehe ich recht in der Annahme, dass es sich dabei um einen konkreten Fall handelt? Diesfalls würde ich empfehlen, dass sich die Postulantin direkt an die Baubewilligungsbehörde richtet. Ich selber kenne den Fall nicht.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Die Erheblicherklärung des dringlichen Postulats wurde nicht bestritten. Wir stimmen somit nur über dessen Abschreibung ab.

Abstimmung

- über den Antrag von Frau Vlaiculescu-Graf, das dringliche Postulat nicht abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt und das Postulat abgeschrieben.

41. Dringliche überparteiliche Interpellation 20180326, Peter Heiniger, PdA, Dana Augsburg-Brom, SP, Mohamed Hamdaoui, PSR, «Ist die Chancengleichheit an Bieler Oberstufen gewährleistet?»

(Text der dringlichen überparteilichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Die Urhebenden sind von der Antwort des Gemeinderates **nicht befriedigt**.

Heiniger Peter, PdA: Wie zu vermuten war, sind die Übertrittsquoten nicht an allen Oberstufenzentren (OSZ) gleich hoch. So gehen im OSZ Rittermatte rund 25 von 120 SchulabgängerInnen ins Gymnasium (rund 21%), in den OSZ Madretsch und Mett-Bözingen hingegen nur je rund 9 von 80 (rund 11%). Dabei muss die Chancengleichheit an den städtischen Schulen gewährleistet sein. Als Grund für die unterschiedlichen Übertrittsquoten führt der Gemeinderat in seiner Beantwortung *«die unterschiedliche Zusammensetzung der Schülerpopulationen im Einzugsgebiet der Schulen»* an. Auch die Gentrifizierung könne für die Übergangsquote eine Rolle spielen, nicht aber für die Chancengleichheit. Das ist ein eklatanter Widerspruch. Dies würde ja bedeuten, dass der Gemeinderat die unterschiedlichen Übertrittsquoten der OSZ einfach hinnehmen würde, weil eben die Schülerstruktur unterschiedlich ist. Für mich ist klar, dass damit die Chancengleichheit nicht gewährleistet ist und der Gemeinderat reagieren muss. Oder ist der Gemeinderat allenfalls der Meinung, dass die Herkunft ein Merkmal für schulische Leistungen ist? Kann es gar sein, dass die Homogenität an einzelnen OSZ stärker gefördert wird als an anderen? In der Beantwortung wird das Prinzip der Quartierschulen erwähnt. Vorliegend geht es aber um OberstufenschülerInnen, die einen Quartierwechsel durchaus bewältigen können. Zudem könnte immer noch auf gewisse geografische Elemente Rücksicht genommen werden, so dass SchülerInnen nicht die ganze Stadt queren müssen. In diesem Sinn hoffe ich stark auf eine Verbesserung der Situation. Ich bin von der Beantwortung nicht befriedigt.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Même sur décision du Conseil municipal, on ne peut pas changer la population de cette Ville, «Gott sei dank». Cela signifie qu'il n'est pas possible de modifier la population des quartiers. Si vous découvrez que les quartiers de cette Ville ne sont pas tout à fait identiques les uns par rapport aux autres, c'est une bonne chose. Il est vrai qu'il existe de grosses différences de population, et finalement celle-ci n'est pas homogène dans l'ensemble de la Ville. Ces différences de population, selon les quartiers, se reflètent dans la composition des élèves dans les écoles, évidemment. Je dis cela car la Ville de Bienne a choisi d'organiser les écoles en fonction des quartiers et, à l'avenir, ce schéma sera conservé. Désolé de vous décevoir, mais il n'est pas souhaitable, dans la mesure du possible, de déplacer les élèves d'un quartier à l'autre. L'école est un lieu très important pour les quartiers et le Conseil municipal souhaite qu'elle ressemble à son quartier. Il est donc normal, qu'il y ait des différences. L'idée de mixer la population des quartiers dans plusieurs écoles avaient été émise dans le but de promouvoir le bilinguisme, car certaines écoles sont déséquilibrées du point de vue linguistique. Cette hypothèse a aussi été abandonnée car les élèves doivent pouvoir suivre l'école dans leur quartier.

L'objectif de l'égalité des chances est également primordial et vous avez raison de le souligner. Je peux vous dire que chaque école et notamment les collèges «Oberstufen»

sont engagés sur ce terrain. La pédagogie dans chaque collège est différente, car elle est adaptée au quartier. On peut constater que, bien qu'ils soient les deux alémaniques, le quartier du «Rittermatte» est bien différent de celui de «Bözingen», et le quartier de «Madretsch» est encore une fois différent. Le Conseil municipal veut laisser cette possibilité de différence entre les collèges dans la stratégie pédagogique, afin de pouvoir travailler avec la réalité des élèves de chacun des quartiers et pouvoir relever le défi de l'égalité des chances. En effet, une bonne école secondaire à Mâche ne ressemble pas à une bonne école du «Rittermatte».

Dernier élément afin de démontrer qu'il y a de grandes différences: vous prenez comme comparaison l'accès au gymnase. Excusez-moi, Monsieur le Recteur (*s'adresse à Monsieur Cadetg*), mais il n'y a pas que le gymnase dans la vie. La qualité d'une école ne se mesure pas au nombre des élèves qui accèdent au gymnase. Cela ne veut en aucun cas dire que l'égalité des chances n'est pas respectée, car un bon apprentissage vaut tout autant qu'une formation gymnasiale. Je suis d'accord avec vous pour reconnaître que ce n'est pas facile, «so einfach ist es nicht, aber» le Conseil municipal est vraiment mobilisé, avec le corps enseignant et les directions d'écoles, pour garantir l'égalité des chances des élèves dans les écoles secondaires biennoises.

Cadetg Leonhard, FDP: Ich muss auf einige Aussagen meiner Vorredner reagieren: Das Übertrittsverfahren ist in Biel seit jeher sehr gut. Das Gymnasium macht ausgezeichnete Erfahrungen mit den Empfehlungen der Sekundarschullehrkräfte. Im kantonalen Vergleich erreichen nur sehr wenig Bieler SchülerInnen die Gymnasialstufe über eine Prüfung. Das kommt auch daher, dass Biel relativ wenig Privatschulen hat. Das Gymnasium soll die Berufsausbildung nicht konkurrenzieren. Im kantonalen Vergleich ist die Gymnasialquote in Biel relativ tief. Das ist richtig, denn in Biel werden attraktive Lehrstellen angeboten. Zudem schliessen nicht alle SchülerInnen, die das Gymnasium beginnen, dieses auch ab. Im ersten Jahr fragen die Lehrkräfte immer wieder nach, ob der Entscheid, das Gymnasium zu besuchen, richtig war. Für das Gymnasium müssen sich die Jugendlichen genauso entscheiden wie für eine Lehrstelle: sie müssen es wollen.

Zur soziodemografischen Zusammensetzung der Schülerschaft der Gymnasien: Die Sekundarschullehrkräfte geben korrekte Empfehlungen ab. In den Pisa-Studien wird auch die soziodemografische Zusammensetzung an den Gymnasien untersucht. Dabei weist das Gymnasium Biel kantonsweit die höchste Anzahl SchülerInnen aus bildungsfernen Familien auf. Das ist gut. Es stimmt aber, dass die Chancengleichheit betreffend Herkunft nicht gewährleistet werden kann. Kinder aus Familien, in welchen viele Bücher verfügbar sind und deren Eltern bereits das Gymnasium oder eine höhere Berufsbildung absolvierten, haben einfach bessere Chancen. Das bedeutet, dass stark in die Frühförderung investiert werden sollte. Der Stadtrat hat auch darüber bereits mehrfach diskutiert. Für das Gymnasium ist es wichtig, Jugendliche aus allen Schichten zu unterrichten. Daran muss weitergearbeitet werden. Die Filière Bilingue ist in dieser Beziehung wenig hilfreich, wie es das überparteiliche Postulat 20140159 «Keine Verschärfung der Restschulproblematik durch die Filière Bilingue» gezeigt hat. In der Filière Bilingue finden sich nämlich eher bildungsnahe Kinder, was bei den anderen Schulen den Anteil bildungsferner Kinder vergrössert. Entsprechende Anstrengungen über die einzelnen Schulen hinaus sind weiterhin nötig; auch Gemeinde- und Stadtrat sind weiterhin gefordert, die Chancengleichheit zu fördern. Das ist gelebte Integration

und bringt Chancen für alle. Dabei geht es nicht um Zahlen, sondern um die Erhöhung der Leistungsfähigkeit von Kindern durch gute Schulbildung.

Hamdaoui Mohamed, PDC: Je reste sur ma faim. Monsieur Némitz, vous avez dit, tout à l'heure, qu'il y a des écoles dans lesquelles une plus grande proportion de jeunes fréquenteront le gymnase. Existe-t-il une explication pragmatique? Est-ce à cause des enseignant(e)s, des élèves ou du contexte social? Ce n'est pas une question anodine, car des parents pourraient faire la réflexion de déménager, afin que leur enfant ait plus de chance d'accéder au gymnase.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: L'idée – ou l'hypothèse – que dans certaines écoles, les élèves ont plus de chance d'entrer au gymnase, est mauvaise. À mon avis, cela est faux, car si un enfant a les capacités d'entrer au gymnase, peu importe l'établissement. Si cette réalité devait exister, il faudrait la combattre. Par contre, la population de certains quartiers n'est pas la même que dans d'autres quartiers et c'est là que l'on peut trouver une différence. Le potentiel pédagogique est donné à toutes les écoles et elles ont la liberté d'adapter leur stratégie en fonction de la population, afin d'augmenter les chances de tous les enfants. Le défi est d'assurer le mélange de population dans les quartiers. Moi qui habite à Mâche, je peux vous assurer que c'est un défi que de garantir cette mixité et de la faire perdurer, afin que les écoles soient équilibrées. Il s'agit d'une politique de la Ville et pas une politique scolaire.

Stolz Joseline, PSR: Je tiens à préciser que dans le Canton de Berne, les écoles ont la chance de pouvoir travailler dans une grande liberté enviée par les autres cantons. Il est vrai que dans les collèges, il y a une certaine autonomie et une liberté pédagogique. Toutefois, les directives cantonales doivent être respectées et un controlling est régulièrement effectué par l'Inspection scolaire, mais aussi par le Département Ecoles & Sport. Il est aussi vrai que tout enfant doit pouvoir évoluer dans son quartier afin qu'il puisse développer son sentiment d'appartenance à une région, à une population, à un quartier et à sa ville. Je pense que cela est extrêmement important au niveau de l'adolescence. L'égalité des chances existe pour tous les élèves en Ville de Bienne.

42. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20190083, Leonhard Cadetg, FDP, «Revision Reglemente»

Cadetg Leonhard, FDP: Das Postulat verlangt eine Auflistung aller revisionsbedürftigen Reglemente. In erster Linie geht es um Reglemente, die im Zusammenhang mit der Totalrevision der Stadtordnung (SGR 101.1) überarbeitet werden müssen. Gleichzeitig sollen auch alle vom Stadtrat erheblich erklärten Vorstösse aufgelistet werden, die im Zusammenhang mit der Totalrevision der Stadtordnung stehen.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

43. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Motion 20190081, Levin Koller, JUSO, Muriel Günther, SP, Miro Meyer, JUSO, Urs Scheuss, Grüne, Myriam Roth, Grüne, «Streikende Jugendliche ernst nehmen – Klimanotstand ausrufen»

Koller Levin, JUSO: Wir befinden uns in einer Krise – in einer Klimakrise. Bei einer Krise muss rasch und dringlich gehandelt werden. Die Urhebenden der vorliegenden Motion verlangen das Ausrufen des Klimanotstands. Damit das möglichst rasch erfolgen kann, verlangen wir die Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Nach der Pause werden wir über die Botschaft zum Geschäft 20190033 «Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020-2023 / Verpflichtungskredit» diskutieren. Dafür werde ich die Redezeit beschränken. Mein Ziel für den heutigen Abend ist, alle Überträge abzuarbeiten. Ich wünsche Ihnen guten Appetit!

Sitzungsunterbruch 20.10 Uhr - 21.15 Uhr

30. 20190033 Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020-2023 / Verpflichtungskredit / Botschaft (Fortsetzung)

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ein Botschaftsentwurf mit den gestern beschlossenen Korrekturen liegt auf Ihren Tischen auf. Gibt es dazu Änderungsanträge?

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Der Entwurf enthält einige Änderungen, die detailliert zu besprechen sind. Ich bin mir nicht sicher, wie der Stadtrat dabei sinnvollerweise vorgehen soll. Es hängt zum Beispiel davon ab, wie verhandlungsbereit die Verfassenden der Argumente der Gegnerschaft sind. Ich kann mir vorstellen, über die rein sprachlichen Änderungen rasch abzustimmen. Die Fraktion Grüne hat vorwiegend Vorbehalte gegenüber den Argumenten der Gegnerschaft, da aus ihrer Sicht einige Grundsätze verletzt werden, die den Stadtrat in den letzten Jahren beim Verfassen dieser Argumente leiteten. Ich finde es wichtig, dass die Argumente in der Botschaft die stadträtliche Debatte wiedergeben. Sie sind keine Abstimmungspropaganda. So wurde gestern beispielsweise nicht über Ticketpreise gesprochen, weshalb diese aus meiner Sicht in den Argumenten der Gegnerschaft nun auch nicht aufgeführt werden dürfen. Da eine grosse Mehrheit des Stadtrates das Geschäft unterstützt, kann es ferner nicht sein, dass die ablehrenden Argumente mehr Platz einnehmen als die befürwortenden Argumente. Die Fraktion Grüne möchte deshalb von den Verfassenden der Gegenargumente wissen, ob sie diskussionsbereit sind. Wenn ja, kann ich mir vorstellen, dass sich der Stadtrat heute Abend einigen kann. Wenn nein, rege ich die Einsetzung einer Redaktionskommission an.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Sollten die Vorschläge von Herrn Grupp zu einer längeren Diskussion führen, mache ich beliebt, für die Bereinigung der

Argumente für und gegen das Geschäft eine Redaktionskommission einzusetzen. Ist der Stadtrat mit diesem Vorschlag einverstanden? Das scheint der Fall zu sein.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Ich hätte gerne eine Stellungnahme der Verfassenden der Gegenargumente. Bekennen Sie Farbe und sagen Sie, wie Sie sich zu meinem Vorschlag stellen!

Wiher Max, Fraktion GLP: Ich erinnere mich daran, dass der Stadtrat bereits bei früheren Gelegenheiten ähnlich verfahren ist. Es war unbestritten, dass die Pro- und Kontraargumente in der Botschaft jeweils ungefähr gleich viel Platz einnehmen sollen. Es fragt sich nun, ob die Gegnerschaft einfach einzelne Punkte herausstreichen kann oder ob darüber abgestimmt werden muss. Eine Abstimmung über die einzelnen Punkte geht jeweils relativ zügig vonstatten, womit sich die Einsetzung einer Redaktionskommission erübrigen würde.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ich habe die Gegenargumente in Absprache mit anderen GegenerInnen verfasst. Wir trafen eine Auswahl der für uns wichtigen Argumente. Herr Grupp sprach die Ticketpreise an. Über dieses Argument könnte sicher diskutiert werden. Inhaltlich möchte die Gegnerschaft ihre Argumente jedoch nicht abändern. Wir könnten uns aber damit einverstanden erklären, im zweiten Punkt *«so wurde unter anderem der Steuerfuss erhöht. Jetzt ist der Gemeinderat in der Pflicht, bei den Ausgaben Einsparungen zu tätigen.»*, sowie das Argument der Ticketpreise zu streichen. Den Rest möchten wir so belassen wie vorgeschlagen.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Wie gestern bereits erwähnt, sollten die Pro- und Kontra-Argumente ausgewogen ausfallen. Wird nun noch ein zusätzliches Gegenargument in die Botschaft aufgenommen oder nicht? *(Zwischenruf)* Wenn die Befürwortenden ebenfalls noch ein Argument mehr einbringen dürfen, geht das wieder in Ordnung. Trotzdem möchte ich anmerken, dass aus Sicht meiner Fraktion das erste und das zweite Gegenargument redundant sind. In beiden geht es um die finanzielle Situation der Stadt. Wir möchten die Gegnerschaft deshalb bitten, sich auf eines dieser beiden Argumente zu beschränken.

Ordnungsantrag

Briechle Dennis, Fraktion GLP: Ich beantrage, eine Redaktionskommission einzusetzen.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Über Ordnungsanträge wird sofort abgestimmt. Allerdings haben noch nicht alle Fraktionen ein Mitglied für eine allfällige Redaktionskommission vorgeschlagen.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Si ce n'est pas possible autrement, il faudra instaurer une Commission de rédaction. Dans ce cas de figure, il ne faudra pas oublier de clarifier si elle a une compétence décisionnelle. Si je me souviens bien, cette compétence doit être accordée par le Conseil de ville. Il faudra vérifier avec la Secrétaire parlementaire.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Wir stimmen somit über die Einsetzung einer Redaktionskommission ab, der die Kompetenz zur Bereinigung der Botschaft

übertragen wird. Die Botschaft müsste dem Stadtrat somit nicht nochmals vorgelegt werden.

Abstimmung

- über den angepassten Antrag von Herrn Briechle, eine Redaktionskommission mit Kompetenz zur Bereinigung der Botschaft einzusetzen

Der Antrag wird angenommen.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich bitte die Fraktionen, mir ihre Vorschläge für die Vertretung in der Redaktionskommission zu melden.

Ordnungsantrag

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Ich beantrage, dass in der Botschaft die Gegenargumente nicht überwiegen dürfen.

Abstimmung

- über den Antrag von Frau Tanner, dass die Gegenargumente in der Botschaft nicht überwiegen dürfen

Der Antrag wird angenommen.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ich habe eine Verständnisfrage: Bei der Abstimmung zum Ordnungsantrag von Herrn Briechle wurde die Kompetenz zur endgültigen Überarbeitung der Botschaft an die Redaktionskommission abgetreten. Deshalb kann der Stadtrat deren Arbeit nicht vorwegnehmen, oder sehe ich das falsch?

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Ich wurde verschiedentlich nach den terminlichen Vorgaben gefragt. Die vorliegende Botschaft muss ausnahmsweise nicht bereits am kommenden Montag vorliegen, sondern «erst» in einer Woche.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich schlage vor, darüber abzustimmen, eine Redaktionskommission mit abschliessender Kompetenz zur Überarbeitung der Botschaft einzuberufen, die darauf achtet, dass die Gegenargumente nicht überwiegen.

Abstimmung

- über den angepassten Antrag, eine Redaktionskommission mit abschliessender Kompetenz zur Überarbeitung der Botschaft einzuberufen, die darauf achtet, dass die Gegenargumente nicht überwiegen

Der Antrag wird angenommen.

44. Überparteiliches Postulat 20180229, Luca Francescutto, SVP, Myriam Roth, Grüne, «Plastik-Strohhalme aus den öffentlichen Einrichtungen verbannen»

(Text des dringlichen überparteilichen Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Der Gemeinderat beantragt, das dringliche Postulat erheblich zu erklären.

Roth Myriam, Les Verts: Interdire l'inutile, quelle bonne idée! Citons comme exemple l'Italie qui, au 1^{er} janvier 2019, a interdit la production et la vente de coton-tiges en plastique non recyclable et non biodégradable, responsables de 9% des déchets se trouvant sur les plages de ce pays. Un autre exemple à plus grande échelle: l'Union Européenne interdira, dès 2021, tout plastique à usage unique. Oui, cette problématique nous concerne tous et toutes! Il est, pour cette raison, impératif de sensibiliser les individus, mais aussi les restaurateurs, à ce fléau qu'est le plastique, afin que tout le monde prenne soin de la planète avec des gestes du quotidien. Remplaçons l'inutile par du durable, merci!

Francescutto Luca, UDC: Qui d'entre vous ne s'est pas offusqué en regardant un reportage sur le sixième continent, ce continent flottant constitué de plastique en tout genre. Personne ne peut s'en accommoder ou simplement dire que ce n'est pas chez nous! Pour notre part, il est clair qu'une seule paille ne fera pas la différence, mais lorsqu'on sait le nombre de pailles utilisées chaque jour aux USA (près de 500 millions), on se dit que ce n'est qu'une aberration. Que le Conseil fédéral ne veuille pas entrer en matière, me sidère. Il est toujours plus facile de mettre en place de stupides taxes écologiques, plutôt que de simplement interdire l'inutile. Surtout que des moyens tout autant efficaces existent, comme notamment le carton. Comme vous l'avez dit, Madame Roth, même l'Italie a réussi à faire interdire les coton-tiges. Ceci est plutôt étonnant pour un pays qui commence juste le tri sélectif. L'UDC se fait également du souci pour l'écologie, mais sans doute d'une manière un peu autre: en interdisant l'inutile et non pas en instaurant des taxes stupides et en laissant les automobilistes tranquilles, eux qui paient déjà bien assez.

Concernant la réponse du Conseil municipal, je m'en contente du fait que l'on ne peut pas aller à l'encontre du droit supérieur. Toutefois, la Ville de Bienne pourrait, par un courrier, inciter les restaurateurs à passer le cap du plastique au carton, par exemple. À Bienne, il existe un nombre incalculable de «Fast Food», dont les responsables ne sont pas vraiment concernés par l'écologie. Je tenais encore ici à remercier Madame Roth pour cette alliance qui est pour certaines personnes hors du commun et qui a bien fait rire. Pour moi, la politique c'est aussi de mettre de côté certaines de ses convictions dans le but de faire avancer les choses. Je sais que nous sommes plusieurs personnes, ici, à penser ainsi et cela me réjouit. Je propose de suivre la proposition du Conseil municipal.

Der Antrag des Gemeinderates wird nicht bestritten.

45. Überparteiliches Postulat 20180226, Levin Koller, Fraktion SP/JUSO, Urs Scheuss, Fraktion Grüne, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, Salome Strobel, SP, Urs Känzig, Grüne, Titus Sprenger, Passerelle, Judith Schmid, PdA, «Eine sichere Infrastruktur für Velofahrende in Biel»

(Text des dringlichen überparteilichen Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Der Gemeinderat beantragt, das dringliche Postulat erheblich zu erklären.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: In Kopenhagen werden 30% der zurückgelegten Strecken per Fahrrad bewältigt, in Biel lediglich 4%. Woher kommt dieser Unterschied? Ich glaube, der Grund ist einfach: Während Kopenhagen über eine sehr gut ausgebaute Veloinfrastruktur verfügt und die Fahrradwege getrennt vom Autoverkehr verlaufen, ist die Veloinfrastruktur in Biel lückenhaft und die Velos teilen sich die Fahrbahn praktisch überall mit den Autos. Zwar wurde in den letzten Jahren einiges verbessert, doch scheinen viele dieser Projekte nicht in eine klare und umfassende Strategie eingebunden. Ich hoffe, dass sich das mit der Gesamtmobilitätsstrategie nun ändern wird. Die Statistiken zeigen aber auch, dass Biel für Velofahrende eine der unsichersten Städte der Schweiz ist. Eigentlich könnte es auch anders sein: Biel ist flach, die Distanzen sind gering, Schnee fällt nur selten. Biel könnte eine Velostadt sein. Dazu bräuchte es aber eine ansprechende und ganzheitlich gedachte Veloinfrastruktur mit breiten, wenn möglich vom motorisierten Individualverkehr (MIV) separierten Fahrradspuren, und die Priorisierung des Velos bei der Planung der Stadt und der Strassenräume. Diese Voraussetzungen fehlen heute. Deshalb muss es nun im Rahmen der Gesamtmobilitätsstrategie mit der städtischen Veloförderung vorwärts gehen. Das Fahrrad sollte nicht stiefmütterlich behandelt werden, sondern ein Hauptpfeiler der Bieler Mobilitätspolitik sein. Denn kein anderes Verkehrsmittel ist so klimafreundlich, so platzsparend, so flexibel und gleichzeitig so schnell wie das Fahrrad. Das Velo ist das ideale Stadtfahrzeug. Städte wie Kopenhagen und Amsterdam haben gezeigt, wie es geht. Biel müsste sich nur an den dort erarbeiteten Verkehrskonzepten orientieren und diese übernehmen. Der vorliegende Vorstoss macht Biel nicht zu einer Velostadt. Er fordert lediglich, dass der Gemeinderat bei der Strassenplanung prüft, ob die Velowege vom MIV getrennt und der Komfortstandard erreicht werden kann. Zudem wird der Gemeinderat gebeten, dem Stadtrat in Zusammenhang mit konkreten Projekten zu berichten, inwiefern er den geforderten Anliegen Rechnung trägt und jeweils zu begründen, wenn keine entsprechenden Massnahmen getroffen werden können. Das vorliegende Postulat ist nicht der grosse Wurf, aber es wird dazu beitragen, dass sich die Veloinfrastruktur in Biel verbessert, Velofahren attraktiver wird und die Ziele des Reglements zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs (SGR 761.8) rascher erreicht werden können. Ich danke dem Gemeinderat für seine positive Beantwortung und fordere den Stadtrat auf, das Postulat erheblich zu erklären. Seit die Veloinfrastruktur in der Stadt Bern im Rahmen der Velooffensive verbessert wurde, hat die Anzahl Fahrradfahrender massiv zugenommen. Könnte das nicht ein Vorbild für Biel sein?

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Pour le Groupe UDC/Les Confédérés, la promotion du vélo est intéressante, certes, mais l'exclusion totale des automobilistes est complètement impensable. Est-ce vraiment cela, le vivre ensemble dans notre Ville? Personnellement, j'en doute fortement. Toujours plus de réductions

en places de stationnement, toujours plus de réduction d'accès aux voitures! Cette tendance s'accélère gravement dans notre Ville, mais on entend aussi beaucoup de personnes qui ont de la peine avec cette tendance. Il n'y a pas que les cyclistes à Bienne – et je dis ça en pensant que je fais probablement plus de kilomètres en vélo que les défenseurs des cyclistes. Pour notre groupe, la sécurité est importante, mais cela peut se faire de façon plus censée. À la rue Stämpfli, entre l'Omega et le parc Hauser, qui depuis des décennies séparent voitures, pistes cyclables, trottoirs, tout fonctionne très bien. En comparaison, de l'autre côté de la rue Stämpfli, les aménagements ont été réalisés selon la nouvelle façon de faire avec une route très large, des trottoirs très larges, mais sans piste cyclable. De ce fait, la route est encombrée par des chicanes et des îlots. Je suis d'accord de planifier de nouvelles réalisations, mais il ne faut pas toujours attaquer à la même place. Le Groupe UDC/Les Confédérés va donc rejeter ce postulat.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: Le postulat parle de la sécurité des cyclistes, qui est très importante pour le Groupe PSR. Les cyclistes sont beaucoup plus exposés aux accidents et de manière beaucoup plus grave que les automobilistes. C'est à ce sujet que j'aimerais que l'on réfléchisse de manière pragmatique. Il n'est pas question d'opposer les cyclistes aux automobilistes, je vous rassure, Monsieur Widmer. Je fais, moi aussi, quelques kilomètres chaque année en voiture, et pas seulement à vélo. Toutefois, je me sens beaucoup moins sécurisée lorsque je roule à vélo sur certains axes, notamment sur l'axe dont vous parlez. Notre groupe demande qu'une réflexion sur la planification des pistes cyclables soit faite. Si elle avait été menée autrement, le résultat actuel aurait été peut-être plus satisfaisant pour les cyclistes, mais aussi pour les automobilistes. Je pense qu'il est possible de trouver un terrain d'entente, dont le but ultime est de sécuriser la circulation pour tous les usagers et usagères de la route. Les personnes qui ont des enfants et qui ont été amenées à utiliser le réseau routier à vélo avec des enfants se rendent compte du danger. J'ai moi-même été amenée à éviter les axes et les pistes cyclables qui sont définis par une bande de peinture au sol, pour emprunter les trottoirs qui sont plus larges – ainsi, j'ai dû contrevenir à la loi. En effet, de mon point de vue c'était plus sécurisant pour mes enfants – et j'y tiens plus qu'à une amende! Je pense que si d'autres pays comme la France, l'Italie ou l'Espagne peuvent faire cette démarche, la Suisse peut également le faire – et Bienne encore plus.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Ich möchte auf das Votum von Herrn Widmer reagieren. Vorliegend geht es um die Umsetzung des Reglements zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs. Dieses hat zum Ziel, dass der MIV nicht weiter anwächst und das Verkehrswachstum durch andere Verkehrsträger aufgefangen wird. Es geht nicht darum, die Autos aus der Stadt zu verbannen. Herr Widmer sagte, es gebe immer weniger Parkplätze. Wie wird diese Aussage belegt? Ich habe bereits mehrmals bei der Verwaltung nachgefragt, wie viele Parkplätze es in Biel gibt und wie sich deren Anzahl in den letzten Jahren entwickelte. Diese Fragen konnte mir niemand beantworten. Ich erinnere auch an mein Postulat 20170061 «Parkplatzpolitik», welches unter anderem fordert, dass die entsprechenden Daten erhoben werden, um eine sachliche Grundlage für die Parkplatzdiskussion zu schaffen. Das Postulat wurde vom Stadtrat erheblich erklärt, allerdings ohne die Unterstützung genau jener Kreise, die nun behaupten, es gebe in Biel immer weniger Parkplätze. Ich bitte den Stadtrat, dem Gemeinderat zu folgen und das vorliegende Postulat erheblich zu erklären.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP widersetzt sich dem vorliegenden Postulat nicht. Auch ich als TCS-Präsident unterstütze die Veloförderung. Eine Überlegung scheint mir allerdings wichtig: Sobald ein Ausführungsprojekt für den A5-Westast vorliegt, kann Platz für Velowege geschaffen werden. Wird der MIV weiterhin an der Oberfläche geführt, haben die Velos viel weniger Platz. Der Titel des vorliegenden Postulats lautet: «Eine sichere Infrastruktur für Velofahrende». Mir schiene es korrekter, von einer *sichereren* Infrastruktur zu sprechen, denn die heutige Veloinfrastruktur in Biel ist nicht unsicher, aber das ist ein Detail.

Brunner Thomas, EVP: Ich bin ein begeisterter Velofahrer. Trotzdem habe ich eine Frage an den Gemeinderat: Beim Lesen der vorliegenden Beantwortung entstand bei mir der Eindruck, alle Forderungen des Postulats seien erfüllt. Wieso soll dieses also nicht auch gleich abgeschrieben werden?

Francescutto Luca, UDC: Madame Gonzalez, je suis content que l'on soit d'accord sur la problématique de la rue Stämpfli. Par contre, je trouve de bas niveau de traiter Monsieur Feurer de criminel pour avoir roulé sur un trottoir, comme la presse l'a aussi relaté. Il ne faut pas oublier que chaque réorganisation de rue en Ville de Bienne entraîne une suppression des places de stationnement!

Gonzalez Glenda, PSR: Monsieur Francescutto, vous me prêtez des intentions que je n'ai absolument pas eues. Si j'ai regardé Monsieur Feurer, c'est parce qu'il est responsable de la sécurité à Bienne et que j'ai dit et je le répète: *«Je préfère être en infraction avec la loi car je roule avec des enfants sur le trottoir que de recevoir une amende»*. Il n'y avait aucune – mais absolument aucune – intention à l'encontre de l'histoire que vous évoquez. Je vous trouve un peu rapide dans vos interprétations et vous prie de ne pas me prêter des intentions que vous auriez éventuellement eues vous-même!

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich danke für die gute Aufnahme dieser Beantwortung. Der Gemeinderat schreibt, ihm sei es wichtig, die Veloinfrastruktur zu stärken und sicherer zu gestalten. Er sagt aber nicht, dass bereits alle Forderungen des Postulats erfüllt seien, Herr Brunner. Vielmehr stellt er fest, dass gute und sichere Veloverbindungen eine wichtige Voraussetzung dafür sind, dass das Velo überhaupt gebraucht wird. Deshalb ist er auch bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Es geht darum, bei jedem neu zu planenden Strassenabschnitt zu prüfen, ob der Komfortstandard erreicht werden kann. Dieser fordert zum Beispiel Velospuren mit einer Breite von mindestens 1,8 m. Bei Stadtratsgeschäften muss der Gemeinderat begründen, weshalb das allenfalls nicht möglich ist. Auch wenn das vorliegende Postulat erheblich erklärt wird, wird es nicht möglich sein, für jeden Strassenabschnitt einen separaten Veloweg mit einer Breite von mindestens 1,8 Metern zu realisieren. Jede Situation muss neu beurteilt werden. Wird das Postulat erheblich erklärt, hat der Stadtrat aber die Gewähr, dass der Gemeinderat jedes Strassenprojekt auf dessen Velofreundlichkeit überprüft und die gewählte Lösung fundiert begründet. Das ist wichtig und gerechtfertigt. Ich bitte den Stadtrat daher, das Postulat erheblich zu erklären.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Herr Widmer, ich habe nicht ganz verstanden, ob Sie das Postulat nicht erheblich erklären oder abschreiben wollen. *(Zwischenruf: nicht erheblich erklären)*.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das dringliche Postulat erheblich zu erklären.

Der Antrag wird angenommen und das dringliche Postulat erheblich erklärt.

46. Überparteiliches Postulat 20180228, Levin Koller, Fraktion SP/JUSO, Urs Scheuss, Fraktion Grüne, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, Salome Strobel, SP, Urs Känzig, Grüne, Titus Sprenger, Passerelle, Judith Schmid, PdA, «Eine attraktive und sichere Veloroute von Bözingen bis zum See»

(Text des dringlichen überparteilichen Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 11)

Der Gemeinderat beantragt, das dringliche Postulat erheblich zu erklären.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Auch in diesem Postulat geht es ums Velo. Ich danke dem Gemeinderat für seine positive Beantwortung und freue mich, dass er die Idee einer sicheren, autofreien Veloroute vom See bis nach Bözingen grundsätzlich unterstützt. Eine solche wäre ein wichtiges Rückgrat im Bieler Velonetz und würde die Veloinfrastruktur attraktiver machen. Gerade auch für ungeübte Velofahrende wäre diese Achse zentral. Ich möchte nicht verlängern, denn die Argumente für das Velo habe ich bereits ausgeführt. Nur noch Folgendes: Der Gemeinderat hat vor, die restlichen Teilstrecken Schritt für Schritt zu realisieren. Das finde ich schade. Wie wäre es, wenn zum Beispiel das Teilstück von der Schleuse bis zur Neumarktstrasse oder sogar die gesamte Route auf einmal umgesetzt würde? Das würde die Attraktivität auf einen Schlag deutlich erhöhen und zu einem sinnvollen Ganzen führen. In Bern wurden die Hauptrouten auch in einem Durchgang umgesetzt - mit Erfolg, wie es die Zahlen belegen. Wird die Veloinfrastruktur nur schrittweise angepasst, werden die Verbesserungen deutlich weniger wahrgenommen. Zudem sollte die aktuelle Velohauptroute als solche behandelt werden. Marktstände haben auf dieser Route definitiv keinen Platz! Wenn diese Stände unbedingt dort stehen müssen, könnte zumindest jeder zweite Stand auf der MIV-Fahrbahn platziert werden. Das wäre immerhin etwas gerechter. Auf die Reaktionen wäre ich allerdings gespannt. Die Fraktion SP/JUSO bittet den Stadtrat, dem Gemeinderat zu folgen und das Postulat erheblich zu erklären.

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Merci de me donner l'occasion de parler à nouveau des pistes cyclables. Un itinéraire cyclable attrayant et sûr entre Boujean et le lac est une très bonne idée. J'ai trois enfants qui ont fait du vélo depuis leur plus jeune âge. Lorsqu'ils avaient quatre ans, on traversait ensemble la ville. On devait faire des détours pour avoir un itinéraire plus sûr, comme l'a dit Madame Gonzalez. Toutefois, aujourd'hui, j'ai bien moins de problèmes, car les voitures ne sont plus sur les axes traversant la ville. La circulation se trouve maintenant sur l'axe Est – et moi qui habite à Mâche, cela m'arrange bien. Finalement, la route la plus sûre n'est pas toujours la plus courte! Je ne vois pas la nécessité d'une «autoroute» à sens unique pour les cyclistes le long des quais de la Suze. **Le Groupe UDC/Les Confédérés demande d'adopter ce postulat, mais de le radier du rôle.**

Scheuss Urs, Grüne: Ich habe in der vorliegenden Beantwortung eine Perle gefunden, die mir sehr gut gefällt: *«Die Schüss ist eine besonders starke und markante strukturierende Achse der Stadt Biel. Dieses landschaftliche Element schafft eine Verbindung von der Quartiermitte Bözingens über den nördlichen Teil Madretschs und der Champagne zum Stadtzentrum und bis an den See. Ausserdem fliesst die Schüss direkt an verschiedenen wichtigen öffentlichen Räumen wie Schüsspark, Stadtpark, Zentralplatz und Elfenaupark vorbei. Mit dem Streben, aus diesem Wasserlauf ein Schlüsselement für das Langsamverkehrs- und Spazierwegnetz zu machen, haben mehrere Generationen Planer an der Gestaltung der Ufer und der Schaffung einer prioritär dem Fussgänger- und Veloverkehr gewidmeten Route am rechten Schüssufer gearbeitet, welche wie eine Perlenkette die verschiedenen grossen öffentlichen Räume verbindet.»* Warum dieses Zitat? Bald wird intensiv über den A5-Westast debattiert. Ich glaube, wenn diese Diskussionen im Sinn dieses Zitats geführt werden und der Stellenwert und die Bedeutung der Verkehrsachsen im Stadtraum hinterfragt werden, kann auch für den A5-Westast eine gute Lösung gefunden werden. Eigentlich ist die Schüss das Gegenstück zum Bahndamm und zum A5-Westast: Sie verbindet die Stadt mit ihren Quartieren, bringt die Stadt zum See, ist grün und lebendig. Für mich wäre das die wahre Alternative zum A5-Westast. Die Fraktion Grüne unterstützt das vorliegende Postulat und möchte dieses nicht abschreiben.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Besten Dank für die Diskussion. Das Postulat scheint weitgehend unbestritten. Die Achse entlang der Schüss wurde in den letzten Jahren kontinuierlich aufgewertet. Nun geht es schrittweise weiter. Das Renferareal und die Schüssinsel waren wichtige Etappen. Als nächstes soll eine Komfortroute für den Langsamverkehr bis zur Schleuse realisiert werden. Die Schüss ist tatsächlich eine Art Perlenkette und ein Rückgrat für die Stadt. Sie ist eine wichtige und attraktive Achse. Gerade mit der Schüssinsel konnte ihr Potenzial bezüglich Natur und Renaturierung erneut aufgezeigt werden. Im Kanal wird eine solche Renaturierung aber kaum möglich sein. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Schüss auch für den Langsamverkehr eine wichtige Achse ist, die gestärkt werden soll. Dabei geht er schrittweise vor, weil die einzelnen Projektabschnitte unterschiedlich weit gediehen sind. In gewissen Teilen sind die Abklärungen bereits weit fortgeschritten, diese sollen möglichst bald umgesetzt werden. Andere Teilprojekte sind umfassender und dauern entsprechend länger. In diesem Sinn bitte ich den Stadtrat, dem Gemeinderat zu folgen und das Postulat erheblich zu erklären. Damit wird dem Gemeinderat auch signalisiert, dass er auf dem richtigen Weg ist.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Die Erheblicherklärung des Postulats scheint unbestritten. Wir stimmen über die beantragte Abschreibung ab.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, das Postulat erheblich zu erklären, aber als erfüllt abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt und das Postulat erheblich erklärt.

47. Postulat 20180227, Pierre Ogi, PSR, «Zustand der Bus-Wartehallen»

(Text des dringlichen überparteilichen Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 12)

Der Gemeinderat beantragt, das dringliche Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Ogi Pierre, au nom du Groupe PSR: Après trois reports de mon postulat, je ne sais bientôt plus quoi dire. Je m'étais tellement bien préparé, à trois reprises, que j'ai presque oublié mes arguments. Je souhaiterais citer Emile Zola, qui disait lorsqu'il n'était pas content et qu'il y avait une injustice: «*J'accuse!*». Personnellement, j'accuse le Conseil municipal, dans son ensemble, de se complaire dans la médiocrité, d'accepter la saleté en Ville de Bienne dans les abribus, les poubelles et sur les trottoirs. Il est inadmissible de lire dans la presse que les dirigeant(e)s des entreprises de Bienne préfèrent aller chercher leurs client(e)s à Soleure en voiture. En effet, la clientèle de ces entreprises peut ainsi éviter de traverser la Ville et n'a donc pas l'occasion de constater la saleté qui règne aux abords de la Gare de Bienne. Il est vrai que les arrangements floraux des giratoires sont magnifiques, mais ils ne cachent pas les poubelles débordantes et la saleté apparente. Cela me révolte d'entendre le Conseil municipal dire que l'on peut accepter une certaine saleté. Je vous conseille de ne plus nettoyer les abribus. Ainsi, vous ferez une économie de 100% sur le poste de nettoyage des abribus! Certaines personnes fréquentent les théâtres et les établissements culturels. D'autres personnes préfèrent se promener en Ville et ne peuvent, malheureusement, que constater la saleté de la Ville de Bienne. La Bibliothèque de la Ville a reçu lundi passé le Label du bilinguisme. La Ville devrait aussi se porter candidate pour recevoir le «Label du Mauvais goût», celui du «Laisser aller» ou encore celui du «Je-m'en-foutisme». Je ne peux pas accepter cette mentalité de ne rien faire et de tout accepter! Si le personnel de la Ville de Bienne avait la même mentalité que le Conseil municipal, la Ville stagnerait. Je trouve inacceptable la manière de procéder du Conseil municipal. J'espère – mais en fait je désespère – que des mesures soient prises en faveur de la population. Peut-être que le nettoyage des abribus ne coûte pas assez cher, allez savoir! Je vous remercie de m'avoir écouté et **je demande de ne pas radier du rôle ce postulat.**

Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Wie aus der Beantwortung hervorgeht, werden die Bushaltestellen gemäss einem regelmässigen Turnus gereinigt. Die heiklen Plätze werden prioritär behandelt. Der Prüfauftrag des Postulats ist aus Sicht der Fraktion SVP/Die Eidgenossen erfüllt. Sie wird dem Gemeinderat folgen.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Im vorliegenden Postulat geht es um die Sauberkeit. Der Gemeinderat schreibt, was dafür getan wird. Das kann als genügend oder als ungenügend erachtet werden. Herr Ogi hat uns seine Einschätzung kundgetan und ich respektiere sie. Das Strasseninspektorat reinigt zweimal täglich den Boden bei den Buswartehäuschen und leert die Abfalleimer. Für mehr bräuchte es mehr Personal. Der Gemeinderat ist der Ansicht, der momentane Reinigungsaufwand sei genügend und müsse nicht verstärkt werden. Die Situation beim Bahnhof ist allerdings komplex. Die Verkehrsbetriebe Biel (VB) sind für die Fahrgastinformationen und die Ticketautomaten zuständig, die Allgemeine

Plakatgesellschaft (APG) für die Wände, Dächer und Bänke der Buswartehäuschen. Die Stadt reinigt den Boden und leert die Abfalleimer. Der Gemeinderat hat realisiert, dass diese Arbeitsaufteilung allenfalls überdacht werden sollte. Deshalb überprüft er zusammen mit der APG, wie deren Aufgaben mit denjenigen der Stadt koordiniert werden könnten. Das bedeutet aber noch nicht, dass mehr geputzt wird. Aber es ist unsinnig, eine Bushaltestelle von drei verschiedenen Playern reinigen zu lassen. Vielleicht können Synergien genutzt werden, um den Zustand zu verbessern, ohne die bestehenden Ressourcen zu erweitern. Der Gemeinderat hat das Postulat geprüft und beantwortet. Er bittet den Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Ogi, das Postulat erheblich zu erklären, aber nicht abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird somit erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

48. Interpellation 20180230, Daniel Suter, PRR, «Bushaltestellen gegen Parkplätze?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 13)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderates **befriedigt**.

Suter Daniel, PRR: En Ville de Bienne, les places de stationnement publiques en surface sont sous pression. Chaque aménagement de rue donne l'occasion de supprimer des places de stationnements, comme Monsieur Francescutto l'a souligné tout à l'heure. Les quatre arrêts de bus aménagés ces derniers temps ont causé la perte de dix-neuf places de stationnement. Le constat est surprenant, car ces places de stationnement ont toujours existé à côté des arrêts de bus. Y aurait-il une volonté délibérée de faire disparaître un maximum de places de stationnement? La réponse du Conseil municipal se veut rassurante. La perte de ces places de stationnement est, semble-t-il due aux contraintes liées à l'adaptation des arrêts de bus aux exigences de la Loi fédérale sur l'élimination des inégalités frappant les personnes handicapées (LHand; RS 151.3). Dans ce contexte, tout serait entrepris, semble-t-il pour en sauvegarder le plus possible, des places perdues étant même remplacées là où cela est possible. Tant mieux. En attendant, le bilan de 19 places de stationnement perdues pour quatre arrêts de bus aménagés reste lourd. L'hécatombe ne risque pas de s'arrêter là puisque 150 quais de bus doivent encore être aménagés. Manifestement, les automobilistes biennois ont du souci à se faire. Ceci d'autant plus que le Conseil municipal inscrit son action dans le cadre du Règlement pour l'encouragement de la circulation piétonne et cycliste et des transports publics (RD Co 761.8). Ce règlement est invoqué chaque fois qu'il s'agit de s'opposer au trafic individuel motorisé. L'art. 2 stipule: *«La Ville de Bienne s'efforce de freiner l'augmentation du transport individuel motorisé en encourageant la circulation piétonne et cycliste ainsi que l'utilisation des*

transports publics». Le problème réside dans cet idéal écologiste qui se manifeste avec force dans la vie publique et politique biennoise. Cet avis n'est pas partagé par d'autres villes, et cela risque de pousser notre Ville dans l'isolement. En effet, l'accessibilité par des véhicules à moteurs électriques ou à combustion fait partie de l'attractivité d'une ville, au centre comme dans les quartiers. De ce fait, la Ville de Bienne devrait veiller à ce que les places de stationnement existantes en surface soient au moins conservées. Ce devoir concerne d'avantage le Conseil municipal, mais il incombe également au Conseil de ville. Il faut le reconnaître, un grand nombre de suppressions de places de stationnement se fait lors de projets d'aménagements de rues qui sont approuvés par le Conseil de ville. Enfin, avec toutes les craintes que j'ai pu avoir, je constate que mes questions ont trouvé des réponses plausibles. C'est pour cette raison que je suis satisfait de la réponse à mon interpellation.

49. Interpellation 20180231, Dana Augsburger-Brom und Muriel Günther, Fraktion SP/JUSO, «Auswirkungen der Steuervorlage 2017 auf die Stadt Biel/Bienne»

(Text der dringlichen überparteilichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 14)

Die Interpellantinnen sind von der Antwort des Gemeinderates **befriedigt**.

Augsburger-Brom Dana, SP: Die Beantwortung erfolgt reichlich spät und in letzter Zeit ist viel passiert. Die Fragestellung ist aber trotzdem noch immer aktuell. Wichtig scheint mir insbesondere die Beantwortung der Frage, wie sich die Auswirkungen aus der Unternehmenssteuerreform III (USR III) und der Steuervorlage 17 auf die Stadt Biel auswirken und ob die Steuervorlage 17 für die Stadt Biel «besser», schlechter oder gleich wie die USR III sei. Offenbar sind die Auswirkungen der USR III und der Steuervorlage 17 vergleichbar. Zudem ist der Beantwortung zu entnehmen, dass Sparmassnahmen in sämtlichen Bereichen der öffentlichen Hand und Steuererhöhungen zu Lasten der BürgerInnen unumgänglich sind, wenn die Steuerausfälle nicht vollumfänglich kompensiert werden können. Aufgrund dieser Beantwortung sollte die Meinung zur Steuervorlage 17 im Stadtrat gemacht sein: Praktisch alle sprachen sich damals gegen die USR III aus, deshalb sollte sich der Stadtrat nun auch gegen die Steuervorlage 17 auflehnen. Es geht um unsere Stadt, für welche die Steuervorlage 17 desaströs wäre. Ich rechnete damit, dass die Beantwortung im Stadtrat früher behandelt würde, vielleicht sogar noch vor der Referendumsabstimmung zur kantonalen Steuerrevision. Diese hat aber mittlerweile stattgefunden und die Vorlage wurde abgelehnt. Das macht mir Mut, denn ich finde, nun sollte auch die Steuervorlage 17 abgelehnt werden. Ich hoffe, dass bei einer entsprechenden Abstimmung zumindest Biel Nein sagen wird.

Grupp Christoph, Grüne: Ich bin sehr dankbar für die vorliegende Interpellation und deren Beantwortung. Sie bringt Klarheit in einem Dossier, in dem noch nicht alle Zahlen konsolidiert sind. Immerhin muss die Stadt aufgrund der Steuervorlage 17 mit rund CHF 16.2 Mio. Mindereinnahmen rechnen. Es mag zwar eine Kompensation zwischen CHF 3.5 und CHF 5.5 Mio. geben. Trotzdem bleibt ein Ausfall von CHF 11-12 Mio. Das schmerzt und entspricht tatsächlich ungefähr den Auswirkungen der USR III. Bei der

Abstimmung zur USR III ging der Gemeinderat (allen voran die Finanzdirektorin) löblicherweise auf die Barrikaden und stand für die Stadt ein. Er beteiligte sich an verschiedenen Kampagnen. Bei der Steuervorlage 17 ist das nicht der Fall. Im Gegenteil spricht sich die Finanzdirektorin öffentlich für diese Vorlage aus. Der Gesamtgemeinderat hat sich dazu noch nicht geäussert. Gibt es eine gemeinsame Position des Gemeinderats und gedenkt er, sich im Abstimmungskampf zu äussern? In der Beantwortung werden auch Strategien aufgezeigt, die bei einer Annahme der Steuervorlage 17 zum Zug kommen sollen. Einerseits müsste mit einer massiven Leistungseinbusse gerechnet werden, was Sparmassnahmen im Umfang von CHF 10 oder 11 Mio. zur Folge hätte. Der Stadtrat weiss aus der Debatte zur nachhaltigen Haushaltsanierung (NHS), was das bedeutet. Ein Teil dieser Sparmassnahmen könnte eventuell durch Steuerkompensationen erzielt werden. Das bedeutet aber de facto, dass die privaten Steuerzahlenden zur Kasse gebeten werden und für weniger Leistung noch mehr bezahlen müssten.

Eine weitere vom Gemeinderat vorgeschlagene Strategie ist die Entkoppelung der juristischen Personen von den natürlichen Personen bei der Steuerveranlagung. Das scheint mir ein zweischneidiges Schwert zu sein, denn dadurch würde der innerkantonale Steuerwettbewerb bzw. das Abwerben von Unternehmen akzentuiert, weil juristische gegen natürliche Personen ausgespielt werden können. Wäre die Strategie Biels beispielsweise, den Steuerfuss für Unternehmen nur wenig zu senken oder gar höher festzulegen als denjenigen der natürlichen Personen, hätte Biel wiederum schlechtere Karten bei den Unternehmen. Deshalb finde ich diese Strategie nicht wahnsinnig verlockend. Ich weiss nicht, ob die Steuervorlage 17 im Stadtrat nochmals diskutiert wird. Jedenfalls wird diese Vorlage für Biel ganz schwierig. Letztendlich ist die Steuervorlage 17 so geschnürt, dass drei Viertel dieser Reform von den natürlichen Personen berappt werden und bestenfalls ein Viertel von den Unternehmen, weil diese sich hälftig an der AHV-Aufstockung beteiligen. Das bedeutet aber auch, dass die AHV-Aufstockung, mit welcher die Steuervorlage 17 dem Stimmvolk schmackhaft gemacht werden soll, auch zur Hälfte von diesem bezahlt werden muss. Unter dem Strich ist die Steuervorlage 17 ein sehr fragwürdiges Paket. Die Auswirkungen auf die Stadt werden schmerzhaft sein und dem Stadtrat in der sowieso schon angespannten finanziellen Situation Kopfzerbrechen bereiten.

Steidle Silvia, directrice des finances: Madame Augsburger-Brom, vous avez raison, cette interpellation n'est traitée que neuf mois après sa déposition. Je suis la première à le regretter. Un grand nombre de questions liées à la fiscalité ont été réglées et d'autres sont encore ouvertes. Le fait que l'imposition des entreprises préoccupe le Parlement est sans doute réjouissant. Il est vrai que les rentrées fiscales représentent une part importante des revenus d'une commune. Pour la Ville de Bienne, elles se montent à environ 140 mio. fr. et proviennent des entreprises et des personnes physiques. Il faut veiller à ce que ces rentrées fiscales soient au moins maintenues, sinon augmentées. C'est pour cette raison, que le Conseil municipal s'est toujours engagé pour que les charges ne soient pas transférées du Canton vers les Communes, respectivement que les rentrées ne soient pas diminuées.

Que s'est-il vraiment passé depuis le dépôt de cette intervention? Le projet de la révision fiscale cantonale a échoué devant le Peuple le 25 novembre 2018, assurant à la Ville qu'elle ne perdrait pas les 16 mio. fr. qu'une baisse du taux d'imposition de 21.6 à 16.3 aurait impliquée. Pour les comptes 2019, le Conseil municipal comptait déjà

avec une perte d'environ 3 mio. fr. et de 9 mio. fr. pour 2020. La contrepartie proposée par le Canton comme compensation de cette perte était une réévaluation générale des biens immobiliers non agricoles et de force hydraulique, ce qui n'aurait pas d'effet en 2019. Donc cela signifie 3 mio. fr. de pertes sèches pour la Ville. D'autre part, un montant chiffré à environ 4,6 mio. fr., que la Ville de Bienne recevrait à partir de 2020, a été supprimé par le Canton. Ceci représenterait une perte annuelle d'environ 4,5 mio. fr. pour la Ville. Je pense qu'il est clair pour tout le monde pour quelles raisons la Ville de Bienne s'est engagée avec les autres communes du Canton pour faire opposition au projet cantonal de la modification de la loi sur les impôts. Il est aussi, peut-être, plus clair pour quelles raisons les finances biennoises peuvent assumer un objet tel que l'adaptation des contrats culturels dès 2020. Le produit de la réévaluation générale sera versé sans subir les pertes de la baisse d'imposition. La Directrice des finances cantonales s'est engagée, après la votation du 25 novembre 2018, de ne pas soumettre au Peuple une nouvelle demande de baisse du taux d'imposition.

Qu'en est-il maintenant de la réforme fiscale et du financement de l'AVS du point de vue de l'impact financier? Je ne parlerai pas, ce soir, du deal qui a été passé entre le Parti socialiste, le Parti démocrate-chrétien et le Parti Libéral radical. Ce deal consiste à introduire un subventionnement de l'AVS à raison de 3 mio. fr. par année, en contrepartie d'une amélioration de la fiscalité des entreprises. D'un point de vue financier, l'impact est beaucoup plus difficile à évaluer, Monsieur Grupp. Vous l'avez dit, la Loi cantonale sur les impôts proposait une baisse du taux d'imposition, c'était facile. Avec le Projet fiscal 17, la Confédération met à disposition des outils, que le Canton pourra ensuite mettre à disposition des entreprises. On ne sait pas quelles entreprises en feront usage et de quelle manière. Ces discussions sont en cours actuellement, et il n'y a pas de prise de position du Conseil municipal à ce sujet. Je dois vous corriger, Monsieur Grupp, il n'y a pas eu de campagne commune du Conseil municipal, même si vous l'avez perçu comme tel. La campagne a été menée par le Maire et moi-même, à titre individuel. Je crains que le Conseil municipal n'est actuellement pas en mesure d'avancer des chiffres. Nous ne savons pas à quelle hauteur le Canton va compenser les pertes. Nous ne savons pas si c'est 30%, comme annoncé jusqu'à maintenant, ou si ce sera 50%. Nous ne savons pas non plus quels types de mesures seront mises en pratique, quels seront les impacts pour la recherche et le développement et quels seront les pourcentages pour l'imposition sur les dividendes. Ce sont des questions ouvertes, et le Maire et moi-même, nous nous engageons pour ce dialogue. Un dialogue a été instauré par le Canton, que nous menons avec les autres communes afin de trouver une solution portée par les communes. Sans ces discussions, le Projet fiscal 17 fera l'objet d'un nouveau référendum qui sera soutenu par la Ville de Bienne, je peux vous le garantir.

Augsburger-Brom Dana, SP: Die Finanzdirektorin hat die Kompensationen angesprochen. Bei der USRIII sollten die Kompensationen via Kantone an die Gemeinden weitergegeben werden. Damals wollte der Kanton Bern den Gemeinden vorerst gar nichts weitergeben. Erst später lenkte er ein und wollte ungefähr 10% der städtischen Verluste decken. Ich glaube, diese Kompensationen sind nicht verlässlich, sondern nur ein Tropfen auf den heißen Stein, der Biel nicht retten könnte. Wichtiger wäre, sich gegen die Steuervorlage 17 auszusprechen, weil klar ist, was sie für unsere Stadt bedeuten würde. Dafür sind Behörden gewählt. Die Auswirkungen auf die Schweiz sind eine andere Sache, aber die Stadt sollte diese Vorlage wirklich bekämpfen. Der Gemeinderat sollte sich nicht davon aufhalten lassen, dass die

Kompensationen nicht transparent gemacht werden, sondern im Namen der Stadt Biel mit einer Gegenkampagne beginnen. Dabei spielt es keine Rolle, welche Haltung die Parteien auf Bundesebene vertreten.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je dois malheureusement vous corriger, Madame Augsburger-Brom, car ce que vous dites est totalement faux. Dès le départ, le Canton s'est engagé pour 30%. C'est à dire que l'augmentation de l'impôt fédéral direct de 17% à 21.2% rapportera au Canton de Berne environ 68%. Le Canton a toujours dit que 30% seront reversés aux Communes, soit 23 mio. fr. Ce qui est en question, je vous l'accorde, c'est la répartition. Toutefois, les 2.5 mio. fr. ont toujours été promis. Maintenant, nous demandons plus, à savoir 50%, ce qui représente l'ensemble de la compensation. Avec une augmentation de la participation des communes à 68 mio.fr., l'ensemble des pertes de toutes les communes seraient couvertes.

50. Überparteiliche Interpellation 20180232, Titus Sprenger und Ruth Tennenbaum, Passerelle, Urs Scheuss, Grüne, «Ordnungsbussen: Übertretungen im Vergleich zu anderen Städten»

(Text der überparteilichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 15)

Die Urhebenden sind von der Antwort des Gemeinderates **nicht befriedigt**.

Sprenger Titus, Passerelle: Die Urhebenden danken dem Gemeinderat für den Versuch, ihre Interpellation zu beantworten. Jede Ordnungsbuss ist Folge eines Fehlverhaltens. In der Regel verhält sich niemand aus Spass falsch. Jedes Fehlverhalten hat einen Grund und deutet insbesondere im Wiederholungsfall an, dass etwas nicht stimmt. Wenn also beispielsweise viele Bussen für Velofahrende ausgestellt werden, weil sie auf dem Trottoir fahren (wie das Herr Ogi in seiner für später traktandierten Interpellation 20180303 «Sicherheit für die Fussgänger auf den Trottoirs» moniert), liegt die Vermutung nahe, dass sich diese Velofahrenden mangels entsprechender Velostreifen nicht sicher fühlen und deshalb aufs Trottoir ausweichen. Diese Zahlen hätten, um bei diesem Beispiel zu bleiben, einen messbaren Impuls geben können, um im Rahmen der Gesamtmobilitätsstrategie die Weichen entsprechend zu stellen. Die Antworten des Gemeinderates, einschliesslich der Detailangaben in der mitgelieferten Tabelle, ergeben jedoch nur ein bruchstückhaftes Bild über die ausgestellten Ordnungsbussen. Sie belegen aber immerhin, dass die wilde Parkiererei, wie sie in der nachfolgenden überparteilichen Interpellation 20180233 «Wilde Parkiererei – was unternimmt die Stadt Biel?» behandelt wird, kein Phantom ist, sondern ganz real vorkommt. Die Antworten zeigen auch auf, dass sich über die drei erwähnten Jahre nichts verändert hat. Ein Lerneffekt ist demnach nicht festzustellen. Ob es unter dieser Voraussetzung sinnvoll ist, mit baulichen Massnahmen so zögerlich gegen die wilde Parkiererei vorzugehen? Insgesamt sind wir enttäuscht, dass es trotz Einheitspolizei und trotz einheitlichem Bussenkatalog nicht gelungen ist, einheitliche und vollständige Angaben zu liefern. Das erweckt den Eindruck, dass der Gemeinderat gar kein Interesse an der Wirkung von Bussen hat, beziehungsweise den Erfolg bei der Ahndung von Fehlverhalten gar nicht messen will.

Vielleicht will er vielmehr nur noch die jährlich immer zu hoch budgetierten Busseneinnahmen generieren, ohne Ambition auf Verbesserung der Sicherheit im Strassenverkehr. In diesem Sinne sind die Urhebenden von der Beantwortung des Gemeinderates nicht befriedigt.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Das Votum von Herrn Sprenger finde ich etwas pauschal. In der Interpellation wurden konkrete Fragen gestellt. Dabei ging es nicht um bauliche Massnahmen im öffentlichen Raum. Trotzdem war die Schlussfolgerung von Herrn Sprenger, der Gemeinderat sei nicht an baulichen Massnahmen interessiert. Dieses Thema betrifft zwar eher die Baudirektorin, aber ich kann Ihnen versichern, dass der Gemeinderat praktisch jeden Mittwoch Geschäfte berät, in welchen es um die Veränderung des öffentlichen Raums geht. Die Auswirkungen auf die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung wird dabei auch immer thematisiert. Dass die Fragen betreffend Bussenstatistik nicht zur Zufriedenheit der Urhebenden beantwortet werden konnten, nehme ich zur Kenntnis. Ich bitte Sie aber, daraus nicht zu schliessen, der Gemeinderat sei nicht interessiert an der Verbesserung der Sicherheit für die Bevölkerung!

51. Überparteiliche Interpellation 20180233, Urs Scheuss, Fraktion Grüne, Levin Koller, Fraktion SP/JUSO, Glenda Gonzalez, PSR, Titus Sprenger, Passerelle, Judith Schmid, PdA, «Wilde Parkiererei – Was unternimmt die Stadt Biel?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 16)

Die Urhebenden sind von der Antwort des Gemeinderates **befriedigt**.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Ich möchte dort anknüpfen, wo Herr Sprenger aufgehört hat: Wenn wild parkiert oder Verkehrsregeln gebrochen werden, stimmt etwas nicht. Dann gibt es Probleme und Konflikte, die dann auch im Stadtrat immer wieder ausgetragen werden. Die Stadtratsmitglieder haben dann jeweils rote Köpfe, weil das eine Verkehrsmittel gegen das andere ausgespielt wird, was zu keinem Ergebnis führt. Nun kann man ja auch einen Schritt zurücktreten und sich fragen, wo die Ursache dieser Konflikte liegt. Dabei wird einem sehr schnell bewusst, dass es um den fehlenden Platz geht. In den Städten gibt es einfach nicht beliebig viel Platz. Andererseits wächst der Verkehr. Aber: muss es sein, dass zu Spitzenzeiten nur 1,1 Personen in einem Auto sitzen? Muss es sein, dass die Fahrzeuge immer grösser werden und in der Zwischenzeit sogar schon die Parlplatznormen angepasst werden mussten? Herr Francescutto sagte, man müsse von den Lenkungsabgaben wegkommen und das Fehlverhalten einfach verbieten. Ich glaube nicht, dass einfach alle Autos verboten werden können. Das bereits erwähnte Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs will die Autos nicht aus der Stadt verbannen, aber deren Anzahl begrenzen, gerade weil der Platz knapp ist. Dazu muss die Gesamtmobilität betrachtet werden. Es gibt die Redensart *«das richtige Verkehrsmittel am richtigen Ort»*. Gerade in der Stadt sind Fuss - oder Veloverkehr besonders geeignet, weil die Wege meistens kurz sind. Aber auch intelligente Mobilität mit verbesserten Umsteigebeziehungen oder Sharing können zu einer besseren Mobilität beitragen. Gerade das Potenzial von Sharing wird noch völlig unterschätzt.

Neu gibt es in Biel auch die «Enuus», also kleine elektrische Sharing-Fahrzeuge, die aber ebenfalls Platz brauchen. Offenbar werden diese sehr gut genutzt. Auch dort gibt es also Potenzial. Es geht nicht darum, das Auto gegen den Velo- oder Fussverkehr auszuspielen. Es geht um die Frage, wie die Stadt mit ihrem beschränkten Platz umgehen soll, wenn gleichzeitig der Verkehr wächst. Es geht um die gesamte Mobilität. Ich freue mich auf die bald erscheinende Gesamtmobilitätsstrategie, die im Stadtrat sicherlich auch noch diskutiert wird. Der A5-Westast ist sicher keine Lösung für diese Probleme, denn er verlagert die Konflikte nur, indem er die Verkehrsflüsse anders lenkt. Heute belastete Gebiete werden entlastet, was aber in anderen Gebieten zu zusätzlichen Belastungen führen wird. Deshalb ist der A5-Westast sicher kein guter Ansatz. Ich bin gespannt darauf, ob die Gesamtmobilitätsstrategie die richtigen Antworten liefern kann. Von der Beantwortung bin ich befriedigt, aber ich hätte erwartet, dass der Gemeinderat verstärkt auf das Potenzial der Gesamtmobilitätsstrategie setzen würde. Stichworte dazu waren in der Interpellation aufgeführt. Ich hoffe, dass die Gesamtmobilitätsstrategie etwas substanzieller ausfällt.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Ich kann Herrn Scheuss bestätigen, dass der Gemeinderat an der Gesamtmobilitätsstrategie arbeitet. Die von ihm erwähnten Anliegen werden darin berücksichtigt. Auch der Gemeinderat ist auf die weitere Entwicklung gespannt. Noch kann dazu aber nichts Konkretes gesagt werden.

52. Interpellation 20180303, Pierre Ogi, PSR, «Sicherheit für die Fussgänger auf den Trottoirs»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 17)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderates **nicht befriedigt**.

Ogi Pierre, PSR: Je peux tout de suite dire que je ne suis pas satisfait de la réponse du Conseil municipal. Mon interpellation concerne la sécurité des piétons sur les trottoirs et en aucun cas celle des cyclistes qui rouleraient sur les trottoirs. Pourquoi la réponse du Conseil municipal parle-t-elle des zones piétonnes, alors que ce n'est pas l'objet de ma demande? Dernièrement, je suis allé en voiture chercher mes petites-filles à l'école et j'ai pu constater qu'un enseignant a emprunté le trottoir à vélo, à l'heure de la sortie de tous les enfants. Il ne pouvait pas aller vite, étant donné le nombre d'enfants sur le trottoir, et il a même dû s'agripper à la barrière, car il ne pouvait plus avancer. Cela montre que même les enseignants ne prennent pas leur rôle d'exemple au sérieux. Personnellement, je trouve qu'un piéton sur un trottoir doit être en sécurité. Je n'ai rien contre les vélos et je connais le danger de certains tronçons de route pour les vélos. Toutefois, ce n'est pas une raison pour rouler sur les trottoirs. J'ai même pu constater avec les nouvelles règles de circulation à la route de Mâche, qu'il y avait plus de cyclistes sur les trottoirs que de voitures sur la route, alors qu'ils peuvent rouler sur la ligne de bus, par exemple. J'ai décidé de faire cette interpellation car un matin, j'ai croisé un magistrat biennois sur son vélo, qui tenait un chien en laisse. Il est venu dans le sens d'un petit garçon en trottinette qui est malheureusement tombé après avoir roulé sur la laisse du chien qu'il n'avait pas vue. Il ne s'agissait pas d'un accident, mais d'un incident qui n'était pas grave. Par contre, ce qui m'a paru grave, c'est que le magistrat, après avoir aidé le petit garçon, est reparti sur son vélo, avec son chien en

laisse. L'incident en lui-même peut arriver, mais il aurait dû prendre ses responsabilités et descendre de son vélo, afin d'éviter de créer un autre incident de ce genre. Encore une autre anecdote: je me trouvais sur le trottoir à la route de Neuchâtel qui est bordée d'une piste cyclable. Je me suis fait lyncher verbalement par un cycliste qui roulait sur le trottoir car je ne me suis pas écarté assez vite. Les automobilistes ont plus de considération pour les piétons que les cyclistes, et je trouve ce phénomène alarmant. La Direction de la sécurité devrait prendre ce problème au sérieux au lieu de penser que les piétons aimeraient avoir tous les droits. Mais le Conseil municipal n'a aucun égard pour les piétons!

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Offenbar ist heute der Abend der Trottoirs und der verschiedenen Verkehrsformen. Der Gemeinderat erhält tatsächlich immer wieder Rückmeldungen, dass Velofahrende das Fahrverbot auf dem Trottoir vor allem im Zentrum missachten. Deshalb hat er mit der Kantonspolizei regelmässige Kontrollen an den neuralgischen Punkten vereinbart. Aber auch die Kantonspolizei verfügt nicht über unbeschränkte Ressourcen, weshalb Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Diese richten sich nach dem Gefahrenpotenzial, so dass die Interventionen der Kantonspolizei eine möglichst hohe Wirkung zeigen. Auch heute habe ich in der Nidaugasse mehrere Velofahrende mit hoher Geschwindigkeit mitten durch den Fussgängerverkehr fahren sehen. Es ist wirklich nötig, dass immer wieder hingeschaut wird; diesbezüglich hat der Gemeinderat keine Differenzen mit dem Interpellanten. Aber die Kantonspolizei hat noch andere Aufgaben, die erfüllt werden müssen. Deshalb wird auch in Zukunft keine flächendeckende Kontrolle der Velofahrenden möglich sein. Abschliessend möchte ich Herrn Ogi darauf hinweisen, dass die Mitglieder des Gemeinderates gemäss Art. 26 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) mit beratender Stimme an den Stadtratssitzungen teilnehmen und die Haltung des Gesamtgemeinderates zu vertreten haben. Ich verzichte deshalb auf weitere, persönliche Ausführungen.

53. Interpellation 20180234, Reto Gugger, BDP, «Ausführung von Arbeiten für Private»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 18)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderates **befriedigt**.

Gugger Reto, BDP: Die vorliegende Interpellation wurde eingereicht, um allfälliges Sparpotenzial aufzuspüren. Am 7. Juni 2018 diskutierte der Stadtrat über die weitere Verwendung des ehemaligen ESB-Gebäudes am Rennweg 62 (Geschäft 20160066). Er sprach sich dafür aus, dort das X-Project unterzubringen und Lagerflächen für die Stadt zu schaffen, die ansonsten teuer zugemietet werden müssten. In diesem Zusammenhang entdeckte ich, dass die Stadt relativ viel Material vermietet und auch Aufträge für Private ausführt. Ich fragte mich, wie sinnvoll es ist, wenn sich eine Stadt auf verschiedene Aktivitäten verzettelt, die nebenbei erledigt werden können, anstatt sich auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren. Ich ging immer davon aus, dass die städtischen Angestellten sehr gut ausgelastet sind und teilweise «am Anschlag sind». Nun haben sie aber scheinbar Kapazitäten für «Lückenfülleraktivitäten». Von der Beantwortung der vorliegenden Interpellation bin ich befriedigt. Sicher ist es

gerechtfertigt, für die Friedhöfe jemanden anzustellen. Es überrascht mich aber auch nicht, dass die Stadtgärtnerei mit den Friedhöfen die grösste Einnahmequelle ist. Weniger befriedigend finde ich das viele eingelagerte Material, das gar nicht gebraucht wird. Der dafür verwendete Platz könnte effizienter genutzt werden. Vielleicht hätte beispielsweise die Faschingszunft Interesse daran, das Material, das sie jedes Jahr für CHF 1'500.- mietet, gratis zu übernehmen, wenn sie im Gegenzug für Lagerung und Aufbau aufkommen müsste. Dazu kann ich mir einige Lösungen vorstellen. Aber die in der Interpellation gestellten Fragen wurden zu meiner Zufriedenheit beantwortet.

Steinmann Alfred, SP: Ich finde es sinnvoll, wenn die Stadt etwas anbieten und daran verdienen kann. Schliesslich möchten alle die Einnahmen im städtischen Budget erhöhen.

54. Dringliche Motion 20180363, Olivier Waechter, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Stadtpräsidium: neuer Vorschlag»

(Text der dringlichen Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 19)

Der Gemeinderat beantragt, die dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln und als erfüllt abzuschreiben.

Waechter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Depuis que j'ai déposé cette motion, deux questions légitimes reviennent continuellement de la part des médias et de la population biennoise. Cela démontre que cette proposition suscite un vif intérêt et je m'en réjouis. La première question est la suivante: Est-ce le seul moyen qu'a trouvé l'UDC pour avoir un jour un maire UDC à Bienne? La réponse est bien évidemment négative. Je me permets de rappeler que la Ville de Thounne a un maire UDC, sans le modèle de rotation. Le choix de cette nouvelle proposition de tournus entre les élu(e)s municipaux pour le poste de maire a pour objectif premier de mieux représenter les différents courants politiques biennois. Le second objectif, tout autant important, est de réconcilier les biennois et biennoises avec la politique et donc de redonner l'intérêt pour aller voter. Je rappelle que la probabilité d'avoir la totalité du collège municipal appartenant au même parti est nulle. Dès lors, grâce à ce système, la/le maire représenterait une couleur politique différente chaque année, et ceci dans un esprit de collégialité. Si c'était le cas aujourd'hui, nous aurions un ou une représentante des Verts, un/une UDC, un/une socialiste alémanique ou romand(e) et un/une PLR. Nul doute que la population biennoise, dans ce contexte politique, se retrouverait mieux représentée et se réconcilierait avec la politique. La seconde question est: S'agit-il d'une attaque directe contre le Maire actuel de Bienne, Erich Fehr? La réponse est claire et catégorique : non. Monsieur Fehr a une connaissance remarquable des dossiers et est extrêmement compétent. Il a été élu démocratiquement, et sa légitimité n'a pas à être remise en question. J'ai d'ailleurs grand plaisir à le croiser parfois dans diverses manifestations biennoises à caractère non politique. De plus, j'apprécie tout particulièrement la qualité de son bilinguisme et l'importance qu'il y attache. Les raisons de cette nouvelle proposition sont celles indiquées précédemment. Tous ces arguments se basent principalement sur des discussions avec des biennoises et biennois de tout bord politique et même parfois apolitique. D'ailleurs un sondage du Journal du Jura à fin 2018 donnait un avis

favorable à cette motion, à 56%. **Je vous demande de ne pas transformer la motion en postulat** afin de garder l'aspect contraignant de celle-ci. Afin de garantir à chaque membre du Conseil de ville une liberté d'expression individuelle totale, sans pression partisane, **je vous demande d'accepter de procéder à un vote à bulletin secret**. Même si le système de rotation est exceptionnel au niveau communal – Bienne étant la Ville de l'avenir et donc une cité exceptionnelle, elle a dès lors toute légitimité pour adopter un tel système qui fonctionne bien au niveau fédéral.

Frank Lena, Fraktion Grüne: Ein rotierendes Stadtpräsidium stiess bei mir im ersten Moment auf Interesse, bei näherer Betrachtung fand ich es aber nicht mehr so gut, denn eine entsprechende Änderung hätte eine erneute Reorganisation der Stadtverwaltung zur Folge. Eine solche haben wir erst gerade hinter uns. Aber auch eine erneute Reorganisation könnte bestehende Probleme kaum lösen. Der Vorstoss behauptet, es gehe in erster Linie um Repräsentationsaufgaben. In diesem Fall müsste zuallererst dafür gesorgt werden, dass alle BielerInnen politisch mitbestimmen können (also auch Junge und AusländerInnen) und dass Frauen besser in der Politik vertreten sind. Erst dann kann die Bevölkerung richtig repräsentiert werden. Ein alternierendes Stadtpräsidium löst diese Probleme nicht. Zudem ist es schwierig, eine allgemein anerkannte Stadtleitung zu etablieren, wenn die Führung jährlich wieder abgegeben werden muss. Gerade auf kommunaler Ebene scheint mir eine Identifikationsfigur wichtig, auch wenn vielleicht nicht immer alle mit dieser einverstanden sind. Nach genauerer Betrachtung ist das Anliegen des vorliegenden Vorstosses für die Fraktion Grüne kein Thema. Sie folgt dem Gemeinderat und ist dafür, diesen Vorstoss abzuschreiben.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Notre système actuel fonctionne et je ne vois pas l'intérêt de le changer. Le ou la maire peut être élu(e) et cela donne à chacun(e) sa chance. De plus, avec une législature de quatre ans et 5 membres, l'UDC n'aurait peut-être pas la possibilité de placer un membre de son parti. Notre système est différent de celui de l'élection du Conseil fédéral qui est élu par le Parlement et non pas directement par le Peuple. Le Groupe PRR ne soutiendra pas la proposition de Monsieur Waechter.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP setzte sich mit den bereits erwähnten Fragen ebenfalls auseinander und kam zum gleichen Schluss wie der Gemeinderat. Ich bin mit meinen VorrednerInnen, namentlich mit Frau Frank, in den meisten Punkten einig. Der Fraktion SVP/Die Eidgenossen möchte ich folgendes zu bedenken geben: Es ist interessant, dass das Bundespräsidium alternierend ist. Allerdings wird seit Jahren mit guten Gründen darüber nachgedacht, diese Regelung abzuschaffen. Vielleicht ist es nämlich nicht so schlau, das Bundespräsidium jedes Jahr auszuwechseln. Natürlich kann der Bund nicht mit einer Stadt verglichen werden. Gerade für eine Stadt wie Biel finde ich aber die Identifikation mit dem Stadtpräsidium sehr wichtig. Deshalb sieht die Fraktion FDP keinen Änderungsbedarf. Hinzu kommt, dass das Thema auch im Rahmen der Spezialkommission Totalrevision Stadtordnung besprochen wurde, deren Mitglied ich bin. Diese kam ebenfalls zum Schluss, dass eine entsprechende Änderung keinen Sinn macht. Namens der Fraktion FDP bitte ich den Stadtrat deshalb, dem Gemeinderat zu folgen und diesen Vorstoss abzuschreiben.

Ogi Pierre, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR a aussi discuté de cette proposition et l'a naturellement immédiatement rejetée. S'il y avait une rotation, nous

aurions aussi un conseiller municipal qui serait Maire de la Ville, mais cela ne serait pas la même chose. Les gens doivent pouvoir s'identifier au Maire et pour notre groupe c'est une idée forte. Lors de l'élection à la Mairie, il y a une campagne électorale qui est menée spécialement pour ce poste. Le Groupe PSR rejette également la proposition de Monsieur Waechter.

Ordnungsantrag

Cadetg Leonhard, FDP: Es ist fast 23.00 Uhr. **Ich beantrage eine Abstimmung unter Namensaufruf.** Damit kann der Stadtrat wählen, ob er lieber geheim oder unter Namensaufruf abstimmen will. Ich hoffe, er entscheidet sich für die raschere Variante.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Wegen mir muss nicht geheim abgestimmt werden. Ich bin viel zu lang in der Politik, um nachtragend zu sein. Wer allenfalls für ein rotierendes Stadtpräsidium stimmen würde, käme bei mir nicht auf eine schwarze Liste. Wer eine solche führt, kann nicht mehr aktiv politisieren. Zum Inhaltlichen: Frau Frank wies darauf hin, dass die Verwaltung bei einem rotierenden Stadtpräsidium anders organisiert werden müsste. Das ist richtig. Die heutigen Abläufe sind auf ein fixes Präsidium ausgerichtet. Angesichts der aktuellen Planung des Projekts für die Totalrevision der Stadtordnung könnte eine solche Reorganisation auch nicht per 1. Januar 2021 umgesetzt werden. Bei einem wechselnden Präsidium müssten der Stab und die Direktionen ganz anders aufgebaut sein. Es wurde auch gesagt, dass eine Identifikationsfigur wichtig sei. Ich freue mich über die netten Worte von Herrn Waechter über meine Person und hoffe, sie werden bei anderer Gelegenheit wiederholt! Etwas Wichtiges wurde aber nicht gesagt: Auch die Aussenbeziehungen sind sehr entscheidend. Aus diesem Grund wird auch auf Bundesebene darüber nachgedacht, ein fixes Präsidium einzuführen. Es ist sehr schwierig, mit ständig wechselnden Partnern ein Netzwerk aufzubauen. Gerade in Vorständen wie beispielsweise demjenigen von seeland.biel/bienne ist es wichtig, dass man einander kennt und – trotz Meinungsverschiedenheiten und oftmals divergierenden Interessen – eine persönliche Grundlage für die Zusammenarbeit hat. Wenn die Stadt Biel jedes Jahr durch eine andere Person vertreten wird, würde das ihre Position in solchen Gremien schwächen. Dies umso mehr, als die Stadt in der bernischen Gemeindeorganisation eine Exotin wäre. Nur wenn auch andere Gemeinden ein rotierendes Präsidium hätten, wie dies beispielsweise im Kanton Neuenburg der Fall ist, würde das Kräftegleichgewicht wiederhergestellt. Aber wenn die anderen Gemeinden mit fixen Präsidien unterwegs sind, die sich über Jahre Know-How in bestimmten Dossiers aufbauen können, und nur eine einzige Gemeinde jedes Jahr eine neue Vertretung schickt, kann deren Stab die Geschäfte im Hintergrund noch so gut vorbereiten, das Präsidium wird nicht die gleiche Durchschlagskraft haben. Dazu würden die Kenntnisse fehlen, aber auch das Netzwerk und die persönliche Vertrauensbasis, die manchmal für die Entscheidungsfindung in interkommunalen Gremien wichtig ist. Das sind die Gründe, weshalb der Gemeinderat und auch die Spezialkommission Totalrevision Stadtordnung der Idee eines rotierenden Stadtpräsidiums nicht folgen wollen. Noch etwas zum Formellen: Herr Waechter, Sie verlangten im vorliegenden Vorstoss eine Prüfung Ihres Anliegens. Somit handelt es sich um ein Postulat. Als Motion kann der Vorstoss nicht entgegengenommen werden. Zudem sind die Forderungen des Vorstosses erfüllt, was für dessen Abschreibung spricht.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Gemäss Art. 59 Abs. 3 und 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) erfolgen sowohl Abstimmungen unter Namensaufruf als auch geheime Abstimmungen auf Begehren von jeweils mindestens 15 Stadratsmitgliedern. Wir stimmen über die Anträge der Herren Waechter und Cadetg ab.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Waechter auf geheime Abstimmung

Der Antrag wird abgelehnt.

Cadetg Leonhard, FDP: In dem Fall **ziehe ich meinen Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf zurück.**

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Wir stimmen somit offen über den Antrag von Herrn Waechter ab, die Motion erheblich zu erklären.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Waechter, den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären

Der Antrag wird abgelehnt. Die Motion wird somit nicht erheblich erklärt.

55. Motion 20180289, Sandra Schneider, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, «Keine Ratsdebatten mehr bei Interpellationen»

(Text der dringlichen Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 20)

Das Stadtratsbüro beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und dieses erheblich zu erklären.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Der vorliegende Vorstoss orientiert sich an der Art und Weise, wie der Grossrat mit Interpellationen umgeht: Auf eine eingereichte Interpellation erhalten die Urhebenden eine schriftliche Antwort. Über die Interpellation wird im Grossen Rat aber nicht mehr diskutiert. Die aktuelle Traktandenliste des Stadtrates umfasst rund 19 Interpellationen. Bei der optimistischen Annahme, dass über jede lediglich fünf Minuten diskutiert wird, macht das bereits anderthalb Stunden. Dabei kann über Interpellationen gar nicht abgestimmt werden. Sofern die Interpellation nicht extrem umstritten ist, scheint mir eine Diskussion daher unnötig. In diesem Sinn freut es mich, dass das Stadtratsbüro meine Ansicht teilt und meinen Vorstoss im Rahmen der Totalrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) prüfen möchte. Ich bin damit einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Ogi Pierre, PSR: Je m'oppose totalement à la transformation de cette motion en postulat. En effet, chaque fois que l'on a plus assez d'arguments – que ce soit dans

des pays à dictature de gauche ou de droite – la première chose est de faire taire la population. Je ne suis pas d'accord. Il y a 35 ans en arrière, une interpellation était déposée, ensuite elle était traitée au Conseil de ville, puis elle retournait au Conseil municipal qui demandait ensuite au Conseil de ville de la voter. Il y avait un vrai échange. Lorsque la personne se déclarait satisfaite de la réponse, il n'y avait pas de discussion, à moins qu'un minimum de 15 personnes accepte la discussion. Si une interpellation est déposée, c'est bien pour que le Conseil de ville en parle, sinon un coup de téléphone suffirait! Je pense qu'un Parlement est constitué pour débattre et résoudre les problèmes d'une ville. On a pu constater qu'en France, le mouvement des «Gilets jaunes» a provoqué des dégâts partout parce qu'ils n'ont tout simplement jamais pu dialoguer. Je m'en fiche de devoir faire des séances supplémentaires, même si cela ne me convient pas toujours. Je proteste contre une chose pareille et je ne vous comprends pas, vous les UDC. Vous parlez du Peuple suisse qui devrait avoir des droits incroyables, mais lorsqu'effectivement, on souhaite parler, vous voulez nous faire taire! Vous n'arriverez pas à faire taire le Peuple!

Ordnungsantrag

Stocker Julien, Fraktion GLP: Ich stelle den **Antrag, die Sitzung nach dem laufenden Geschäft zu schliessen**. Es ist spät und viele müssen morgen früh wieder zur Arbeit gehen.

Abstimmung

- über den Ordnungsantrag von Herrn Stocker

Der Antrag wird angenommen.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Somit schliessen wir zu meinem Bedauern die Sitzung nach Abschluss des laufenden Traktandums.

Frank Lena, Fraktion Grüne: Angesichts der vergangenen Stadtratssitzungen verstehe ich den Impuls, vorwärts machen zu wollen. Aber: die Stadratsmitglieder sind gewählt, um sich für die Stadt einzubringen und um zu debattieren. Das Wort «Parlament» leitet sich aus dem altfranzösischen Wort «parler» ab. Genau dafür sind wir hier: zum reden und diskutieren. Die Interpellation ist ein wichtiges Mittel, um Themen auf das politische Tapet zu bringen, auch wenn daraus vielleicht kein Entscheid hervorgeht. Die Fraktion Grüne ist etwas irritiert darüber, dass der vorliegende Vorstoss von genau der Partei eingereicht wurde, die ansonsten immer aufjault, wenn sie die Demokratie auch nur im Geringsten bedroht sieht. Die Stadratsmitglieder sind wie gesagt gewählt, um zu diskutieren. Dazu gehören auch Interpellationen. Diese sind ein demokratisches Mittel des Stadtrates. Ich wehre mich dagegen, dem Stadtrat dieses Mittel zu entziehen. Zum Schluss noch eine Bemerkung zur Effizienz: Sollen die Debatten effizienter werden, appelliere für einmal ich an die Selbstverantwortung. Überlegen wir uns doch zwei Mal, ob ein Vorstoss tatsächlich nötig ist oder ob eine telefonische Abklärung vielleicht ausreicht. Vielleicht hat auch die Gestaltung der Traktandenliste einen gewissen Optimierungsbedarf. Die Fraktion Grüne lehnt den vorliegenden Vorstoss ab.

Augsburger-Brom Dana, SP: Auch ich kann den vorliegenden Vorstoss nicht unterstützen. Frau Schneider hat Glück, dass die letzten paar Sitzungen stark befrachtet waren. Ich erinnere aber daran, dass letztes Jahr eine Stadtratssitzung mangels Traktanden annulliert wurde. Das finde ich fast erschreckender als ab und zu eine volle Traktandenliste zu haben. Hinzu kommt, dass der vorliegende Vorstoss dahingehend interpretiert werden könnte, dass Frau Schneider Interpellationen vielleicht als am wenigsten wichtig erachtet. Ich aber finde, dass auch eine Interpellation wichtig sein kann. Die Vorstossart sagt nichts über die Wichtigkeit des Anliegens aus. Vielleicht gäbe es nur mehr Postulate und Motionen, wenn Frau Schneiders Anliegen angenommen würde. Betreffend Effizienz hat der Stadtrat bereits einige Regeln, beispielsweise die Redezeitbeschränkung. Würden diese konsequent eingehalten, dürften die Stadtratssitzungen bereits etwas effizienter ausfallen. Kommt hinzu, dass niemand mehr zuhört, wenn zu lange gesprochen wird.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Besten Dank für Ihre Rückmeldungen. Auch mir ist die Demokratie sehr wichtig. Aber die Diskussion über eine Interpellation ändert nicht viel. Auch ohne Diskussion darüber würde die Antwort des Gemeinderats genau gleich ausfallen wie bisher. Mit einer Interpellation können genauere Informationen zu einem Thema eingeholt werden. Sie kann auch als Grundlage für einen Vorstoss dienen. Deshalb sehe ich kein Problem darin, über Interpellationen nicht mehr zu diskutieren. Ich finde es müssig, über Themen zu debattieren, über die am Schluss nicht abgestimmt werden kann. Vielleicht würden die Diskussionen auch kürzer, wenn am Schluss abgestimmt würde. Ich mache beliebt, meinen Vorschlag im Rahmen der Revision der Geschäftsordnung des Stadtrates nochmals zu prüfen. Deshalb bitte ich den Stadtrat, die vorliegende Motion als Postulat erheblich zu erklären.

Arnold Marc, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO lehnt den vorliegenden Vorstoss ab. Wie Herr Ogi und Frau Frank bereits sagten, ist ein Parlament gewählt, um zu diskutieren. Angenommen, ich würde eine Interpellation einreichen mit der Frage, ob der Gemeinderat der Ansicht sei, die Feuerwehr sollte abgeschafft werden und der Gemeinderat würde antworten: «Selbstverständlich». Ich denke, dass in diesem Fall auch Frau Schneider das Bedürfnis hätte, mitzudiskutieren. Ist nur eine schriftliche Antwort ohne Diskussion gewünscht, kann eine kleine Anfrage eingereicht werden. Über kleine Anfragen wird nicht diskutiert. Ich mache deshalb beliebt, auch dieses Instrument vermehrt zu nutzen.

Strobel Salome, 2. Vize-Präsidentin: Ein effizienter Ratsbetrieb ist dem Stadtratsbüro (SRB) ein Anliegen. Deshalb hatte es vorerst durchaus Sympathien für den vorliegenden Vorstoss. Dem SRB schien, dass damit ausufernde Diskussionen zu einer eigentlich schon lange beantworteten Frage vermieden werden könnten. Ob sich der Redefluss der Stadratsmitglieder dadurch stoppen liesse, sei dahingestellt. Der Redebedarf liegt sicherlich auch in der Natur der PolitikerInnen, wie sich auch heute Abend wieder mehrfach zeigte. Viel wichtiger scheint dem SRB aber die Tatsache, dass auch Interpellationen oftmals interessante und manchmal sehr brisante Themen aufgreifen, zu welchen zumindest die Urhebenden sowie der Gemeinderat Stellung nehmen können müssen. Wird die Möglichkeit der Stellungnahme zu Interpellationen unterbunden, sind sie eigentlich der kleinen Anfrage gleichgestellt. Wie soll damit umgegangen werden? Das SRB schlägt deshalb vor, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und damit die Möglichkeit zu schaffen, die Auswirkungen und die

Ausgestaltung der gestellten Fragen im Rahmen der Totalrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates zu klären, statt jetzt voreilig und aus dem Bauch heraus einem unserer wichtigen parlamentarischen Instrumente die Zähne zu ziehen.

Abstimmung

- über den Antrag des Stadtratsbüros, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und dieses erheblich zu erklären

Der Antrag wird abgelehnt. Somit wird der Vorstoss nicht erheblich erklärt.

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Ich bin Ihnen noch eine Information schuldig bezüglich der Redaktionskommission für die Botschaft zum Geschäft Nr. 20190033 «Kulturinstitutionen / Leistungsverträge für die Periode 2020-2023 / Verpflichtungskredit». Die Kommission setzt sich zusammen aus Levin Koller, Daniel Suter, Sandra Schneider, Christoph Grupp und Ruth Tennenbaum. Als Sitzungstermin wurde der 26. März 2019 festgelegt.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass für Mai eine Doppelsitzung anberaumt wird und bitte Sie, sich Mittwoch und Donnerstag, 15. und 16. Mai 2019 zu reservieren. Damit schliesse ich die heutige Sitzung.

56. Neueingänge

20190081	Dringliche überparteiliche Motion Levin Koller, JUSO, Muriel Günther, SP, Miro Meyer, JUSO, Urs Scheuss, Grüne, Myriam Roth, Grüne	BEU
	Streikende Jugendliche ernst nehmen – Klimanotstand ausrufen	PRA FID
	Il faut prendre au sérieux les jeunes en grève et déclarer l'état d'urgence climatique	DSS BKS STK
20190083	Dringliches Postulat Leonhard Cadetg, FDP	STK
	Revision Reglemente Révision des règlements	
20190084	Motion interpartis Daniel Suter, PRR, Reto Gugger, PBD, Sandra Gurtner-Oesch, PVL, Sandra Schneider, UDC	FID
	Locaux durables pour l'administration communale à l'horizon 2030	PRA DSS
	Nachhaltige Räumlichkeiten für die Stadtverwaltung bis 2030	BKS BEU STK
20190085	Überparteiliche Motion Christoph Grupp, Grüne, Franziska Molina, EVP, Maurice Rebetez, PSR, Titus Sprenger, Passerelle, Pascal Bord, PRR, Alfred Steinmann, SP, Julien Stocker, GLP, Andreas Sutter, FDP	BEU
	Vorrang für E-Mobilität für Fahrzeuge der Stadt Biel	FID
	Priorité à l'électromobilité pour la Ville de Bienne	DSS PRA
20190086	Überparteiliche Motion Lena Frank, Grüne, Peter Heiniger, PdA, Glenda Gonzalez, PSR, Miro Meyer, JUSO	DSS
	Keine Kostenüberwälzungen auf OrganisatorInnen nicht-kommerzieller, ideeller oder politischer Veranstaltungen	FID STK
	Pas de report des coûts sur les organisateurs et organisatrices d'événements à visée non commerciale, idéale ou politique	PRA BKS
20190087	Überparteiliche Motion Sandra Gurtner-Oesch, GLP, Natasha Pittet, PRR, Anna Tanner, SP, Lena Frank, Grüne, Glenda Gonzalez, PSR	PRA
	Comply or explain – Ausgewogene Geschlechtervertretung in den Bieler Führungsgremien	FID DSS
	Se conformer ou expliquer - pour une représentation des sexes équilibrée dans les comités directeurs biennois	BKS BEU STK

20190088	Postulat Urs Scheuss, Grüne	BEU
	Klimaschutz als Querschnittsthema	PRA
	La protection du climat; un thème transversal	
20190089	Postulat Christoph Grupp, Grüne	BEU
	Bauen in Zeiten des Klimawandels	BKS
	Construire à l'heure du changement climatique	FID
		PRA
20190090	Postulat Mohamed Hamdaoui, PDC	FID
	Vente de terrains municipaux: établir des règles claires	PRA
	Verkauf städtischer Grundstücke: klare Regeln festlegen	
20190092	Postulat Lena Frank, Grüne	PRA
	Der Gemeinderat als Gender Champions	FID
	Le Conseil municipal; champion des genres	DSS
		BKS
		BEU
		STK
20190093	Postulat Benedikt Loderer, Grüne, Urs Scheuss, Grüne	PRA
	Verdichtung im Baureglement	STK
	Densification dans le Règlement de construction	BEU
20190094	Überparteiliche Interpellation Thomas Brunner, EVP, Sandra Schneider, SVP	FID
	Finanzstrategie	
	Stratégie financière	
20190095	Kleine Anfrage Peter Bohnenblust, FDP	PRA
	Juristische Beratung Stadtplanung	
	Conseils juridiques au Département de l'urbanisme	

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:25 Uhr / heures

Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Meister Katrin

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane